

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss (HGB)
zum 31. Dezember 2010

20
10

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

2	Lagebericht
40	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010
42	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010
44	Anhang
76	Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Organisation und Steuerung

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn und für Teile des Geschäftsbereichs Financial Markets in Frankfurt am Main. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit zum Jahresende 2010 1.104 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG befindet sich in Hameln.

Im europäischen Ausland ist die Postbank im Privatkundengeschäft in Luxemburg und in Italien vertreten.

In den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Postbank außerdem mit Tochtergesellschaften in Luxemburg und New York sowie mit einer Niederlassung in London vertreten.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft in der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, gemessen am bilanziellen Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Kooperationen an andere Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die Kooperation mit der Mehrheitsaktionärin Deutsche Bank AG, die im Jahr 2008 aufgesetzt und kontinuierlich intensiviert wurde und wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Anbieter insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Außerdem ist die Postbank derzeit der größte Anbieter für das Outsourcing von Zahlungsverkehrsdienstleistungen. Mit insgesamt vier Mandanten und rund 8 Milliarden Transaktionen pro Jahr hat sie sich eine gute Wettbewerbsstellung in einem Markt erarbeitet, der von einer vergleichsweise geringen Anbieterzahl gekennzeichnet ist.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Unternehmenssteuerung erfolgt konzernweit durch die Postbank.

Die Steuerung innerhalb des Postbank Konzerns basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung des Postbank Konzerns ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Darin enthalten ist das Ergebnis nach Steuern, das eine Überleitung von der Rentabilitäts- zur Effizienzperspektive ermöglicht.

Aus den wesentlichen Ergebniskomponenten Gesamterträge und Verwaltungsaufwand lässt sich die Cost Income Ratio (CIR) als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung und damit für die Effizienz ermitteln. Sie bemisst sich konkret nach dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Gesamterträgen vor Risikoversorge.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragsgröße im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Ertrags- und Aufwandsgrößen. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen hat die Postbank im Jahr 2010 begonnen, ihren Steuerungsrahmen um Risiko-Rendite-Relationen zu erweitern. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital berechnet und bildet bereits auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage. Eine Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals befindet sich in Vorbereitung. Beide Ressourcen werden mit Verzinsungsansprüchen belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und vom Konzern insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter im Postbank Konzern ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich am Ergebnis vor Steuern und an der CIR.

Aufgrund neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen fließt bei unseren Führungskräften und den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung eines Teils der variablen Vergütung, der sogenannten Ergebnis- bzw. Langfristkomponente (die 30 % bis 60 % der variablen Vergütung beträgt), ein. Die Ergebnis- bzw. Langfristkomponente selbst wird nach Ablauf des Geschäftsjahres bewertet, einbehalten und im dritten Folgejahr bzw. für den Vorstand im vierten Folgejahr mit dem Nachhaltigkeitsfaktor bewertet und dann gegebenenfalls fällig und ausgezahlt, oder sie entfällt ersatzlos.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert zusätzlich die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

Im Rahmen der Umsetzung der vom Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB) entwickelten Prinzipien für solide Vergütungspraktiken hat das Bundesministerium für Finanzen im Oktober 2010 die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten erlassen, welche die Anforderungen des BaFin-Rundschreibens 22/2009 vom 21. Dezember 2009 ersetzt bzw. ergänzt. Die Postbank prüft zurzeit intensiv, ob das bestehende Vergütungssystem, welches auf Basis des Rundschreibens entwickelt und umgesetzt wurde, diesen Vorgaben entspricht und ob gegebenenfalls Anpassungsbedarf besteht.

I Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2010 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hält mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, ca. 52 % der Aktien der Postbank.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutschen Post AG, Bonn, hält, welche mit ca. 39,5 % an der Postbank beteiligt ist.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit rund 8,5 %.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Die von der Hauptversammlung vom 22. April 2009 beschlossenen Ermächtigungen „Bedingtes Kapital I“ und „Bedingtes Kapital II“ sind aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2010 aufgehoben worden.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, bis zum 21. Oktober 2010 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 und 8 AktG wurden für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigungen aufgehoben.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 6, 7 und 9 der ordentlichen Hauptversammlung vom 29. April 2010, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar sind.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG (die vormalige BHW Lebensversicherung AG), PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx Aktiengesellschaft und ihrer genannten Töchter durch die Deutsche Postbank AG über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können von PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte die PBV Lebensversicherung AG, die PB Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Das vorgenannte Vertragsverhältnis ist durch das Übernahmeangebot der Deutschen Bank AG und die Übernahme von insgesamt ca. 52 % der Aktien der Deutschen Postbank AG (vgl. oben) nicht berührt worden und von der Talanx Aktiengesellschaft oder ihren Töchtern PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft nicht gekündigt worden.

Entschädigungsvereinbarung bei Übernahmeangeboten

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG.

I § 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de/ir abrufbar.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig auf Jahresbasis ausbezahlt. 40 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgs-

vergütung werden unmittelbar im Folgejahr ausgezahlt (Kurzfristkomponente). 60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung stehen unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernerfolgs (Langfristkomponente). Die Nachhaltigkeit des Konzernerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase kumuliert positiv oder im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten auf das Basisjahr folgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird grundsätzlich die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Der Anpassungsbedarf des Vergütungssystems aufgrund der Institutsvergütungsverordnung bzw. weiterer regulatorischer Maßgaben wird derzeit intensiv geprüft und umgesetzt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des

dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsizes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang.

Mitarbeiter

Die Postbank AG beschäftigte am Jahresende 2010, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 4.443 Mitarbeiter, das sind sieben weniger als am 31. Dezember 2009.

In der Gesamtzahl enthalten ist ein Anteil von etwa 36 % aktive Beamte. 17,8 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

I Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2010

Weltwirtschaft erholt sich von der Krise

Die Weltwirtschaft erholte sich 2010 rasch von der schweren Rezession des Vorjahres. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte wurden hohe Wachstumsraten erzielt, während die wirtschaftliche Dynamik im zweiten Halbjahr wieder nachließ. Angeführt wurde der globale Aufschwung von den Schwellenländern. Aber auch in den Industrieländern setzten sich insgesamt die Erholungstendenzen durch. Dabei waren allerdings außergewöhnlich große Unterschiede in der Entwicklung der Regionen sowie zwischen einzelnen Ländern in den Regionen zu beobachten. Insgesamt stieg die globale Wirtschaftsleistung 2010 um 5 % nach einem Rückgang um 0,6 % im Vorjahr.

Die Vereinigten Staaten befreiten sich zu Beginn des Jahres 2010 zunächst mit Schwung aus der Rezession. Im weiteren Jahresverlauf ließ das Wachstumstempo aber wieder nach, da der wirtschaftlichen Erholung noch die erforderliche breite Basis fehlte. Ein deutlicher Aufschwung zeigte sich jedoch bei den Ausrüstungsinvestitionen: Diese stiegen von niedrigem Niveau aus um rund 15 %. Der private Verbrauch wuchs hingegen vor dem Hintergrund des anhaltend schwachen Arbeitsmarktes mit einem Plus von 1,8 % nur verhalten. Belastet wurde die US-Konjunktur weiterhin von den Bauinvestitionen, die nochmals kräftig nachgaben. Auch der Außenhandel wirkte sich bremsend auf das Wachstum aus, da der durchaus beachtlichen Zunahme der Exporte ein noch stärkerer Anstieg der Importe gegenüberstand. In der Folge stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 lediglich um 2,9 %, obwohl die Binnennachfrage um 3,2 % wuchs.

Die asiatischen Schwellenländer erzielten mit gut 9 % wieder eine hohe Wachstumsrate und waren damit die Treiber des globalen Aufschwungs 2010. Mit einem BIP-Wachstum von 10,3 % erreichte China erneut einen Spitzenwert. Die chinesische Industrie profitierte dabei von der markanten Belebung des Welthandels. Die Exporte

wuchsen im Vergleich zum Vorjahr massiv, nämlich um gut 31 %. Parallel hierzu führte die anhaltend steigende Binnennachfrage allerdings zu einer noch stärkeren Zunahme der Importe – diese legten um knapp 39 % zu. Infolgedessen verringerte sich der Handelsbilanzüberschuss leicht auf rund 183 Mrd US \$. Auch Japan verzeichnete 2010 einen kräftigen Aufschwung. Insbesondere wurden die Exporte extrem stark, nämlich um gut 24 %, ausgeweitet. Zudem stieg der private Verbrauch für japanische Verhältnisse ungewöhnlich kräftig um 1,9 %. Trotz nahezu stagnierender Investitionen expandierte das BIP 2010 um 4,0 %.

Der Euroraum insgesamt erholte sich 2010 von der tiefen Rezession des Vorjahres. Das BIP-Wachstum fiel aber mit einem Wert von 1,7 % nur verhalten aus. Es resultierte zudem überwiegend aus einem Aufbau der Lagerbestände. Die Bruttoanlageinvestitionen gaben hingegen nochmals leicht nach. Der private Verbrauch weitete sich moderat aus. Hinter dem Gesamtbild des verhaltenen Wachstums im Euroraum verbergen sich zudem extreme Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die Ursachen für die sehr differenzierte Entwicklung liegen zum einen in den industriellen Strukturen: Exportorientierte Industriezweige profitieren überproportional von der Belebung der Weltkonjunktur. Zum anderen hatten einige EWU-Länder mit massiven strukturellen Problemen und einer überbordenden Staatsverschuldung zu kämpfen. Dies führte zu Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben sowie zu Steuererhöhungen, wodurch das Wachstum in den betreffenden Ländern zusätzlich belastet wurde.

Deutschland: Stärkstes Wachstum seit der Wiedervereinigung
Die deutsche Wirtschaft belebte sich 2010 außergewöhnlich rasch. Das BIP stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,6 %; dies war der stärkste Zuwachs seit der Wiedervereinigung. Kräftige Impulse kamen dabei zunächst von den Exporten. Der globale Aufschwung ließ die Nachfrage nach Investitionsgütern rasch steigen. Da Investitionsgüter einen Schwerpunkt der deutschen Exportindustrie bilden, konnte Deutschland in besonderem Maße von der Entwicklung profitieren: Die deutschen Ausfuhren legten 2010 sehr stark um 14,2 % zu. Trotz ebenfalls kräftig steigender Einfuhren trug der Außenhandel 1,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Im Verlauf des Jahres 2010 verbreiterte sich die Wachstumsbasis zunehmend. Zunächst zogen die Ausrüstungsinvestitionen deutlich an und legten insgesamt um 9,4 % zu. Die Bauinvestitionen wurden um 2,8 % ausgeweitet. Positiv stechen hier die Wohnungsbauinvestitionen mit einem Zuwachs um 4,4 % heraus. Dagegen wurden die gewerblichen Bauinvestitionen nur um 0,7 % ausgeweitet, und die öffentlichen Bauinvestitionen sanken sogar – trotz anhaltender Impulse aus dem Infrastrukturprogramm – um 0,9 %. Positiv wurde das Wirtschaftswachstum auch von der veränderten Lagerhaltung der Unternehmen beeinflusst. Nachdem die Lagerbestände 2009 massiv abgebaut worden waren, normalisierten diese sich 2010. Hieraus resultierte ein Beitrag zum BIP-Wachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten.

Der private Verbrauch expandierte 2010 in Deutschland real um 0,5 %. Dabei beschleunigte sich dessen Wachstum nach einem verhaltenen Beginn im Jahresverlauf spürbar. Die privaten Haushalte profitierten von einer anhaltenden Stabilität des Preisniveaus. Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt bei einem moderaten Wert von 1,1 %. Positiv wirkte sich zudem die Entwicklung am Arbeitsmarkt aus, der sich im Zuge des kräftigen Aufschwungs deutlich belebte. Im Jahresdurchschnitt fiel die Zahl der Arbeitslosen um 179.000. Die

Arbeitslosenquote fiel um 0,5 Prozentpunkte auf 7,7 %. Zudem ging die Zahl der Kurzarbeiter im Jahresverlauf 2010 massiv zurück.

Insgesamt verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010 in Deutschland und anderen großen Volkswirtschaften günstiger als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die Finanzmärkte standen 2010 unter dem Einfluss sehr unterschiedlicher Einflussfaktoren. Zwar fiel die konjunkturelle Entwicklung vergleichsweise positiv aus, doch hatte die zeitweise aufkommende Befürchtung eines Rückfalls in die Rezession – insbesondere in den USA – in einigen Marktsegmenten starke Ausschläge zur Folge. Die Geldpolitik der führenden Notenbanken blieb sehr expansiv. Jedoch sahen sich die Zentralbanken während des Jahres zu Strategiewechseln veranlasst. Innerhalb des Euroraums sorgte zudem der Ausbruch der Staatsschuldenkrise für starke Verwerfungen. Auf die verschiedenen Segmente des Finanzmarktes wirkten sich die genannten Entwicklungen sehr unterschiedlich aus, sodass es zu stark divergierenden Tendenzen kam.

An den internationalen Aktienmärkten konnte sich 2010 kein einheitlicher Trend durchsetzen. Die Kursentwicklung am deutschen Aktienmarkt ist im internationalen Vergleich als ausgesprochen positiv zu beurteilen. Die Notierungen deutscher Dividendenwerte profitierten von dem starken Aufschwung der deutschen Wirtschaft sowie von der global anziehenden Nachfrage nach Industriegütern. Da Industriewerte im DAX ein hohes Gewicht haben, konnte der deutsche Leitindex im Jahresverlauf um gut 16 % zulegen. Der EURO STOXX 50 gab hingegen um knapp 6 % nach. Verantwortlich für diese – absolut wie relativ betrachtet – schwache Entwicklung war der hohe Anteil an Finanzaktien in diesem Index. Da die Finanzwerte unter der europäischen Staatsschuldenkrise litten und sich entsprechend entwickelten, drückten sie den gesamten Index nach unten. Am US-Aktienmarkt bildete sich bis zum Spätsommer kein klarer Trend heraus. Der positive Einfluss steigender Unternehmensgewinne wurde durch die temporär aufflackernden Rezessionsbefürchtungen konterkariert. Mit der Verbesserung der konjunkturellen Perspektiven legten die Aktienkurse in den USA dann jedoch deutlich zu. Per saldo stieg der S&P 500 im Jahr 2010 um 12,8 %. Uneinheitlich verlief auch die Entwicklung bei Unternehmensanleihen. Bei Anleihen hoher Bonität stiegen die Risikoaufschläge 2010 im Vergleich zum Vorjahresresultat leicht an – nicht zuletzt eine Folge der durch die Staatsschuldenkrise ausgelösten Unsicherheit. Im High-Yield-Sektor gaben die Risikoaufschläge demgegenüber moderat nach. Hier wirkten sich die im Zuge der konjunkturellen Erholung nachlassenden Ausfallrisiken positiv aus.

Im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsländer kam es insbesondere ab dem zweiten Quartal 2010 zu massiven Verwerfungen. Nachdem zunächst vor allem Griechenland betroffen war, wurde nun die Befürchtung laut, dass auch andere Peripheriestaaten der Eurozone bei der Bedienung ihrer Staatsschulden in Schwierigkeiten geraten könnten. Ein Anfang Mai von den EU-Staaten und dem IWF verabschiedetes Hilfspaket für Griechenland im Volumen von bis zu 110 Mrd € konnte die Märkte nur kurzzeitig beruhigen. Die Risikoaufschläge, insbesondere für griechische, portugiesische, irische und spanische Staatsanleihen, stiegen nochmals sehr kräftig an. Die Regierungen reagierten auf diese Entwicklung mit einem umfangreichen Rettungspaket für in Schwierigkeiten geratene Mitgliedsländer. Dieses

hat ein Gesamtvolumen von 750 Mrd €, das sich aus Mitteln der EU, der Mitgliedsstaaten der Eurozone und des IWF zusammensetzt. Zusätzlich beschloss die Europäische Zentralbank (EZB), zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Märkte im Bedarfsfall Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsländer zu kaufen. Die ersten Ankäufe erfolgten bereits kurze Zeit nach dieser Ankündigung. Dieses Maßnahmenpaket trug zunächst dazu bei, die Ausweitung der Risikoaufschläge zu stoppen. Im weiteren Jahresverlauf stiegen diese jedoch weiter an. Dabei verlief die Entwicklung allerdings von Land zu Land unterschiedlich. Besonders stark betroffen war Irland, das vor allem unter der Krise des irischen Bankensektors und den daraus resultierenden Belastungen für die Staatsfinanzen litt. Obwohl der irische Staat keinen akuten Refinanzierungsbedarf hatte, wurde die Situation so bedrohlich, dass Irland ab November 2010 den europäischen Rettungsfonds (EFSF) in Anspruch nahm. Die Risikoaufschläge auf portugiesische Staatsanleihen erhöhten sich gegen Ende 2010 ebenfalls weiter. Die Anleiherenditen hielten aber noch ein Niveau, das es dem portugiesischen Staat ermöglichte, sich weiterhin über den Kapitalmarkt zu refinanzieren. Die Renditeaufschläge für spanische Staatsanleihen stiegen zum Jahresende, nach einer vorangegangenen längeren Stabilisierungsphase, ebenfalls weiter an. Die vom Markt verlangten Zinsen blieben aber deutlich unter dem Niveau, das für die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Rettungsfonds vorgesehen war.

Die führenden Notenbanken hielten 2010 durchweg an ihrer sehr expansiven Geldpolitik fest. Dennoch schlugen sie mit den jeweils ergriffenen Maßnahmen unterschiedliche Wege ein. Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) beließ ihren Leitzins bei 0 % bis 0,25 %. Zusätzlich weitete die Fed im Herbst aufgrund der ihrer Ansicht nach zu schwachen konjunkturellen Erholung und zu geringer Preissteigerungsraten das sogenannte „quantitative easing“ aus: Sie beschloss den Ankauf von US-Staatsanleihen im Gesamtvolumen von 600 Mrd US \$, um die gesamtwirtschaftliche Liquidität zu erhöhen und so das Wachstum anzuregen. Dieses Ankaufprogramm soll bis zur Jahresmitte 2011 laufen. Die EZB hielt ihren Leitzins 2010 konstant bei 1,0 %. Allerdings beschloss sie bereits früh im Jahr, einige der Sondermaßnahmen, die sie während der Krise zur Bereitstellung von Liquidität eingeführt hatte, sukzessive auslaufen zu lassen. Dies betraf vor allem die 12- und 6-Monats-Tender, die bei Fälligkeit nicht wieder ersetzt wurden. Im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise sah sich die EZB veranlasst, weitere Exit-Maßnahmen aus der sehr expansiven Geldpolitik auszusetzen. So hielt sie bei den verbleibenden Refinanzierungsgeschäften bis zum Jahresende an der vollen Zuteilung aller Gebote fest. Zusätzlich begann sie im Mai 2010 erstmals mit dem Ankauf von Staatsanleihen der EU-Mitgliedsländer, um die Funktionsfähigkeit der Märkte zu gewährleisten. Die teilweise Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen ließ die Geldmarktsätze im Euroraum aber dennoch steigen. So erhöhte sich z. B. der 3-Monats-Euribor, der im ersten Halbjahr 2010 noch deutlich unter dem Hauptrefinanzierungssatz gelegen hatte, bis zum Jahresende auf 1,0 %.

Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen im Euroraum wurde bis weit in den Sommer hinein von der Staatsschuldenkrise im Euroraum dominiert, die zu einer „Flucht in die Qualität“ führte. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen fiel in der Folge von rund 3,4 % zu Jahresbeginn bis zum August auf das historische Tief von 2,1 %. Die sich verbessernden globalen Konjunkturaussichten ließen die Rendite bis zum Jahresende dann wieder steigen. Per saldo gab die Rendite von Bundesanleihen 2010 dennoch um gut 0,4 Prozentpunkte auf knapp 3 % nach. Die

Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen fiel im gleichen Zeitraum ebenfalls um gut 0,4 Prozentpunkte auf rund 3,3 %. Die Zinskurven sind damit sowohl im Euroraum als auch in den USA etwas flacher geworden.

Die konjunkturelle Entwicklung einerseits und die europäische Staatsschuldenkrise andererseits waren auch die bestimmenden Einflüsse für die Devisenmärkte. In der Phase der zunächst zügigen wirtschaftlichen Erholung in den ersten Monaten des Jahres wertete der US-Dollar gegenüber dem Euro auf, und die Verschärfung der Schuldenkrise in der EWU verstärkte den Abwärtsdruck auf den Euro noch einmal. Ausgehend von einem Kurs von gut 1,43 US \$, wertete der Euro bis zum Juni auf das Jahrestief von knapp 1,20 US \$ ab. Eine vorübergehende Entspannung in der Schuldenkrise und vor allem aber die in den USA aufkommende Furcht vor einem Rückfall in die Rezession setzten dann jedoch die US-Währung unter Druck. So stieg der Kurs des Euro im Herbst zeitweise wieder über 1,40 US \$, bevor sich der Trend erneut drehte. Am Jahresende notierte der Euro mit rund 1,34 US \$ um 6,7 % unter dem Stand vom Vorjahresresultato.

Die Märkte entwickelten sich abweichend von unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2010 von einer leichten Anhebung der Leitzinsen und einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen im Euroraum ausgegangen. Als zutreffend erwies sich hingegen unsere Prognose einer leichten Verflachung der Zinskurve.

Branchensituation

Im Jahr 2010 traten die direkten Nachwirkungen der globalen Finanzmarktkrise, die Mitte 2007 ihren Anfang genommen hatte, deutlich in den Hintergrund. Weltweit bilanzierten Finanzinstitute im Gesamtjahr 2010 nur noch in vergleichsweise geringem Umfang Abschreibungen, Wertberichtigungen und Verluste auf problembehaftete Vermögenswerte. Hingegen waren indirekte Nachwirkungen der Krise immer noch deutlich spürbar. Allein in den USA gingen im Berichtsjahr 157 Banken in Konkurs, noch mehr also als im Jahr 2009, in dem bereits 140 Institute kollabierten. In der öffentlichen Wahrnehmung avancierte die Schuldenkrise der sogenannten Peripheriestaaten des Euroraums zu einem bestimmenden Faktor. Die Ausfallversicherungen für Anleihen dieser Länder verteuerten sich 2010 erheblich. Die damit verbundenen Kursverluste verschiedener Anleihen dürften bei einigen Finanzinstituten zu teils deutlichen Belastungen in den Handelsbüchern geführt haben.

Der deutsche Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin vergibt seit dem Jahreswechsel 2010/2011 keine neuen Leistungen mehr an Kreditinstitute. Er übernimmt jedoch weiterhin die Kontrolle der bestehenden Stabilisierungshilfen. Im vierten Quartal reduzierten sich – wie geplant – die vom SoFFin ausgereichten Garantien deutlich von 174,6 Mrd € zum Ende des dritten Quartals auf 63,7 Mrd € per 31. Dezember 2010. Hierfür verantwortlich war der planmäßige Abbau von Garantien durch die Bad Bank der Hypo Real Estate. Die Summe der Kapitalhilfen blieb im vierten Quartal hingegen mit 29,3 Mrd € unverändert. Die Gesamtsumme der ausstehenden Stabilisierungshilfen verringerte sich von 203,9 Mrd € auf 93,0 Mrd €.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, blieb weitgehend unangetastet. Innerhalb der Gruppe der Privatbanken

kam es allerdings zu einer Veränderung. Die Deutsche Bank AG hält nach Ablauf des Pflichtangebots an die Aktionäre der Deutschen Postbank mehr als 50 % der Anteile und ist somit neue Mehrheitsaktionärin der Postbank. Mitte Dezember 2010 hat auch die US-Kartellbehörde der Übernahme zugestimmt. Fusionsgespräche zwischen der BayernLB und der WestLB scheiterten. Die EU räumte der WestLB mehr Zeit für ihre Umstrukturierung und den Verkauf der Tochter WestImmo ein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir – wie in den Vorquartalen – die vier im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2010 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Positiv ist festzuhalten, dass alle Banken sowohl operativ als auch nach Steuern Überschüsse erwirtschafteten. Die Mehrheit der Häuser konnte dabei die Eigenkapitalrendite nach Steuern verbessern und ihre Aufwand-Ertrags-Quote verringern. Der Vergleich einzelner GuV-Positionen bestätigt diese insgesamt positive Entwicklung. Alle von uns analysierten Banken steigerten das Zinsergebnis sowohl vor als auch nach Zuführung zur Risikovorsorge, wobei die Mehrheit der Institute die Risikovorsorge deutlich reduzieren konnte. Sie profitierte von der guten konjunkturellen Entwicklung und der damit einhergehenden besseren Bonität ihrer Kreditnehmer sowie der Steilheit der Zinsstrukturkurve. Mehrheitlich sahen sich die Banken zwar mit einem gestiegenen Verwaltungsaufwand konfrontiert, die Aufschläge bewegten sich jedoch überwiegend im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Sowohl für das vierte Quartal als auch für das Gesamtjahr 2010 verzeichneten fast alle Kreditinstitute einen Kursrückgang ihrer Aktien. Damit entwickelten sie sich deutlich schwächer als der DAX, der im vierten Quartal ein Plus von 11 % und im Gesamtjahr ein Plus von 16,1 % erzielte. Die Aktien aller vier Kreditinstitute notierten weiterhin unter dem jeweiligen Kursniveau vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2010

24. März: Erfolgreich platziert die Postbank ihren vierten Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd. €.

27. April: Gründung der Postbank Filial GmbH, Bonn. Alleinige Gesellschafterin ist die Postbank Filialvertrieb AG, Bonn. Mit Wirkung zum 1. Juli 2010 hat die Postbank 277 Filialen der Deutschen Post AG (DPAG) übernommen und an die PB Filial GmbH weiterveräußert.

29. April: Die Hauptversammlung der Postbank findet in Frankfurt am Main statt. Sämtlichen Beschlussvorschlägen wird mit breiter Mehrheit zugestimmt.

2. August: Die Postbank hat alle Geschäftsanteile an der Merkur I SICAV-FIS, Luxemburg, übernommen, die seitdem u. a. die Anteile des bereits zuvor im Konzern gehaltenen Teilgesellschaftsvermögens PB 24 der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen hält. In diesem Zusammenhang wurde auch die Merkur II SICAV-FIS, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Merkur I SICAV-FIS, übernommen.

12. September: Die Deutsche Bank AG kündigt ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot an die freien Aktionäre der Postbank an, verbunden mit dem Ziel, die Postbank noch im Jahr 2010 zu konsolidieren.

7. Oktober: Die Deutsche Bank veröffentlicht die Angebotsunterlagen zum Übernahmeangebot für die Postbank. Die Angebotsfrist beginnt am 7. Oktober 2010 und endet – nach einer zweiwöchigen Fristverlängerung – am 24. November 2010, 24 Uhr. Der Angebotspreis beträgt 25,00 € je Postbank Aktie. Dieser Preis entspricht dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für den Stichtag 11. September 2010 ermittelten gültigen Drei-Monats-Durchschnittskurs.

29. November: Die Deutsche Bank gibt bekannt, dass das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot für 23.080.965 Postbank Aktien angenommen wurde, was einem Anteil von 22,02 % an Grundkapital und Stimmrechten der Postbank entspricht.

1. Dezember: Die Postbank kündigt den Verkauf ihrer indischen Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. an ein Erwerberkonsortium um die Dewan Housing Finance Ltd. an. Die Transaktion wird voraussichtlich im Verlauf des ersten Quartals 2011 abgeschlossen und steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der indischen Aufsichtsbehörde National Housing Bank.

10. Dezember: Die Deutsche Bank AG gibt bekannt, dass sie durch die US-amerikanische Kartellbehörde die Genehmigung zur Übernahme der Deutschen Postbank AG erhalten hat. Ihre Beteiligung an der Postbank beträgt nunmehr 51,98 %.

Ebenfalls an diesem Tag teilt die Deutsche Bank mit, dass die Konsolidierung der Postbank zum Stichtag 3. Dezember 2010 wirksam wird.

13. Dezember: Die Postbank hat bei der Tochtergesellschaft Postbank Beteiligungen GmbH eine Kapitalerhöhung durch Sacheinlage durchgeführt. Dies führte zu einer Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes der PB Beteiligungen GmbH um 310 Mio. € bei einem gleichzeitigen Abgang des Beteiligungsbuchwertes der PB Firmenkunden im Jahresabschluss der Postbank in Höhe von 1,0 Mio. €.

17. Dezember: Der Aufsichtsrat wählt mit Wirkung zum 1. Januar 2011 Rainer Neske zu seinem Vorsitzenden.

Die Postbank ist im Berichtsjahr der Verpflichtung nachgekommen, die Anteile der stillen Gesellschafter sowie der Genussrechtsinhaber, die im Vorjahr am Verlust der Bank partizipiert haben, im Rahmen der Gewinnverwendung wiederaufzufüllen. Des Weiteren wurden die in den Vorjahren aufgrund von Jahresfehlbeträgen nicht gezahlten Vergütungen für stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber in Höhe von 9 € Mio. als Aufwand erfasst.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2010

Die Investitionen der Postbank werden seit 2010 nach den Bereichen Geschäftsentwicklung, gesetzliche Anforderungen und Lifecycle gegliedert.

Dem Investitionsbereich „Geschäftsentwicklung“ zuzuordnen sind unsere Investitionen im Rahmen des Strategieprogramms Postbank4Future zum weiteren Ausbau der Vertriebskanäle und der Kundenbediensysteme. Besonders hervorzuheben sind hier die Übernahme von 277 Filialen der Deutschen Post AG im Juli 2010 zur langfristigen Sicherung und dem Ausbau des Angebots von Finanzdienstleistungen, der Ausbau des Geldautomatennetzes und die Installation von

Multifunktionsgeräten in den Filialen. Im Geschäftsfeld Transaction Banking haben wir bei unserer Tochtergesellschaft BCB AG in die technische und die operative Integration der Zahlungsverkehrsabwicklung für den neuen Mandanten HSH Nordbank investiert.

Unsere Investitionen zur Umsetzung gesetzlicher Anforderungen konzentrierten sich auf die Themen Verbraucherkreditrichtlinie, Einführung der SEPA-Lastschrift, Anpassungen im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer und der standardisierten Werbeerlaubnis. Außerdem wurden die Maßnahmen zur Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) abgeschlossen.

Unsere lifecycle-bezogenen Investitionen richteten sich auf eingesetzte Software und Systeme. Im August 2010 wurde erfolgreich der Release-Wechsel der IT-Kernsysteme auf die aktuelle SAP-Version „Banking Services 6.0“ durchgeführt.

Darüber hinaus investierte die Postbank 2010 im Rahmen ihrer strategischen Programme in die Optimierung ihrer Prozesse und Systeme. Die Investitionen bezogen sich hier z. B. auf die Verbesserung der Infrastruktur des Risikomanagements – insbesondere die Erreichung des AMA (Advanced Measurement Approach für die Bestimmung des Operationellen Risikos) und des A-IRBA (fortgeschrittener interner Ansatz zur Ermittlung der Kreditrisiken) zur Entlastung der Risikoaktivität und damit der Eigenkapitalquote –, auf die Einführung von Lean-Banking-Prozessen und die Optimierung des Beschwerdeprozesses.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Postbank einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 344 Mio € erzielt und kehrte somit nach Verlusten in den beiden vorangegangenen Geschäftsjahren wieder in die Gewinnzone zurück.

Diese Entwicklung ist einerseits auf einen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Zinsüberschuss, insbesondere aus dem Kundengeschäft, und andererseits auf einen spürbaren Rückgang der Belastungen aus den Risikopositionen zurückzuführen. Außerdem trugen einige Sondereffekte zu der deutlichen Ergebnisverbesserung bei.

Das Kundengeschäft blieb trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen insgesamt positiv. Marktpositionen und Marktanteile konnten in vielen Kerngeschäftsfeldern behauptet werden.

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Für das Geschäftsjahr 2010 ist mit 2.565 Mio € ein um 38,8 % höherer Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Das verbesserte Zinsergebnis ist insbesondere auf die gute Volumen- und Margenentwicklung im Kundengeschäft u. a. durch die erfolgte Anpassung der Zinsaufwendungen an das Marktniveau zurückzuführen. Raum für Zusatzserträge ergab sich auch aus der weiterhin vergleichsweise steilen Zinsstrukturkurve, die sich entsprechend der natürlichen Laufzeitenstruktur unseres Kundengeschäfts mit langfristig orientiertem Aktivgeschäft und vergleichsweise kurzfristigerem Passivgeschäft positiv auswirkte.

Der Zinsaufwand aus Derivaten reduzierte sich im Berichtsjahr auf 253 Mio € (Vorjahr: 470 Mio €) und resultiert im Wesentlichen aus dem im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Volumen an Derivaten zur Steuerung des Bankbuchzinsrisikos.

Gegenläufige Effekte resultieren insbesondere aus dem planmäßigen Rückgang unserer Finanzanlagebestände und dem insgesamt niedrigeren Zinsniveau.

Die laufenden Erträge stiegen um 145 Mio € auf 489 Mio € und resultieren nahezu vollständig aus den Ausschüttungen der Spezialfonds.

Provisionsüberschuss

Im Geschäftsjahr 2010 betrug der Provisionsüberschuss 434 Mio € und lag damit nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 435 Mio €).

Der Provisionsüberschuss in den Bereichen Wertpapier- und Versicherungsgeschäft sowie Kredit- und Avalgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden und kompensiert den Rückgang der Provisionserträge im Bereich Zahlungsverkehr, der u. a. auf die Mitte 2010 reduzierte Geldeingangsgrenze für eine gebührenfreie Privatgirokontenführung zurückzuführen ist.

Nettoaufwand des Handelsbestands

Für das Geschäftsjahr 2010 weist die Deutsche Postbank AG ein negatives Ergebnis aus Handelsbeständen in Höhe von –72 Mio € (Vorjahr: 160 Mio €) aus.

Das Ergebnis ist im Wesentlichen auf das negative Devisenergebnis in Höhe von –110 Mio € (Vorjahr: 82 Mio €) zurückzuführen. Darin enthalten sind positive Effekte aus der aktiven Risikonahme durch das Treasury in Höhe von 47 Mio € und gestiegenen Absicherungskosten, die sich insbesondere aus der Aussteuerung der Fremdwährungspositionen in den Spezialfonds ergeben. Die zuvor in den Spezialfonds durchgeführte Aussteuerung der hierin liegenden Fremdwährungsrisiken wird aktuell vollumfänglich durch das Treasury der Bank durchgeführt. In dem Ergebnis aus den Spezialfonds ergab sich ein gegenläufiger Ergebniseffekt.

Im positiven Ergebnis aus Finanzinstrumenten ist im Wesentlichen das realisierte Bewertungsergebnis aus Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von 34 Mio € und aus Zinsderivaten in Höhe von 10 Mio € enthalten.

Im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2010 hat sich der Risikoabschlag auf den Handelsbestand insgesamt um 4 Mio € verringert. Dies ist erfolgswirksam im Nettoergebnis des Handelsbestands berücksichtigt worden.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 99 Mio € auf 2.410 Mio € (Vorjahr: 2.311 Mio €). Insbesondere der erhöhte Sachaufwand von 1.712 Mio € (Vorjahr: 1.624 Mio €) ist auf Sonderbelastungen zurückzuführen, z.B. auf die erstmalige ganzjährige Zahlung einer Leistungsvergütung an die Postbank Direkt GmbH in Höhe von 61 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €) und die erhöhten Aufwendungen für Beiträge und Versicherungen. Auch der Beitrag zum Einlagensicherungsfonds und zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken ver-

zeichnete einen Anstieg um 13 Mio € auf 72 Mio €. Außerdem haben erhöhte Projektkosten, insbesondere zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, die Verwaltungsaufwendungen belastet.

Der Personalaufwand stieg leicht um 11 Mio € auf 698 Mio €. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Bildung von personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 30 Mio € zurückzuführen. Bereinigt um diesen Sondereffekt ist der Personalaufwand aufgrund der rückläufigen Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung geringer ausgefallen.

Bewertungsergebnis

Als Folge der sich deutlich abschwächenden Belastung durch die Finanzmarktkrise, insbesondere bei strukturierten Kreditprodukten und einem anhaltend niedrigen Zinsniveau, hat sich die Risikovorsorge für Wertpapiere im Berichtsjahr 2010 auf 220 Mio € positiv entwickelt (Vorjahr: –119 Mio €). Diese positive Entwicklung führte zu einem deutlichen Überhang der Zuschreibungen auf Rentenpapiere über die Abschreibungen auf diese Positionen (88 Mio €).

Insbesondere durch die Veräußerung von Rentenpapieren konnten Kursgewinne in Höhe von 243 Mio € realisiert werden.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft betrug im Berichtsjahr –393 Mio € und lag damit deutlich unter dem durch Sondereffekte belasteten Ergebnis des Vorjahres von –550 Mio €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den gesunkenen Risikovorsorgebedarf insbesondere im Firmenkundengeschäft zurückzuführen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Im Berichtsjahr wurden Drohverlustrückstellungen auf Rentenpapiere in Höhe von 49 Mio € (Vorjahr: 47 Mio €) gebildet. Daneben wurden Verkaufsverluste in Höhe von 25 Mio € realisiert.

Darüber hinaus wurden die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen mit insgesamt 31 Mio € und die DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Ltd. mit 6 Mio € abgeschrieben.

Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere
Das positive Bewertungsergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Realisierung der stillen Reserven bei der PB Firmenkunden AG durch die Einlage bei der PB Beteiligungen GmbH (309 Mio €) sowie aus der Übertragung des Teilgesellschaftsvermögens (TGV 24) in Merkur I (€ 180 Mio €). Zudem wurden im Rahmen des Abbaus von Finanzanlagen bzw. Risikopositionen Anteile an Spezialfonds zurückgegeben. Hieraus wurden Erträge in Höhe von 127 Mio € realisiert.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen betrug im Berichtsjahr 380 Mio € und lag damit stabil auf dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von 255 Mio € (Vorjahr: 255 Mio €) und Mieterträge in Höhe von 59 Mio € (Vorjahr: 61 Mio €).

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden 600 Mio € dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt.

Außerordentliches Ergebnis

Die Postbank hat aus der Erstanwendung des BilMoG –5 Mio € im außerordentlichen Ergebnis erfasst.

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Postbank hat im Geschäftsjahr 2010 aus Ergebnis- und Gewinnabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften und Beteiligungen Verluste in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) übernommen.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2010 bei 661 Mio € nach einem Jahresfehlbetrag in Höhe von –459 Mio € im Vorjahr.

Ertragsteuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betrugen 318 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €). Hiervon entfielen 14 Mio € auf die Ergebnisse der Betriebsprüfung für die Jahre 1998 bis 2000 und 2001 bis 2008. Darüber hinaus entfielen 278 Mio € auf latente Steuern.

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss lag bei 344 Mio € (Vorjahr: –492 Mio €).

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Mit der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) haben sich im Geschäftsjahr 2010 Ansatz- und Bewertungsvorschriften geändert.

Die Postbank hat auf die Anpassung der Vorjahreszahlen an die neuen Ansatz- und Bewertungsvorschriften nach BilMoG verzichtet. Somit ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen nur eingeschränkt möglich.

Geldhandelspositionen, Schuldverschreibungen und Aktien sowie andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden unter der neuen Position Handelsbestand mit dem beizulegenden Zeitwert auf der Aktiv- oder Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Des Weiteren werden erstmals derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands in der Bilanz unter der Position Handelsbestand gezeigt. Der Ansatz erfolgt ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert, getrennt nach positiven und negativen Werten. Der Gesamtausweis des Handelsbestands erfolgt unter Berücksichtigung eines Risikoabschlags auf alle Marktwerte, welcher gesondert im Handelsbestand dargestellt wird.

Die Bilanzsumme wird zum Stichtag 31. Dezember 2010 in Höhe von 172,8 Mrd € ausgewiesen und liegt damit um 4,4 Mrd € niedriger als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Aktivseite war hauptsächlich durch den Abbau des Wertpapierbestands entsprechend unserer fortgeführten strategischen Neuausrichtung zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität geprägt.

Gegenläufige Effekte resultierten aus dem erstmaligen Ansatz von Derivaten des Handelsbestands und deren Bewertung zu beizulegenden Zeitwerten. Der Rückgang des Zinsniveaus führte zu höheren positiven und negativen beizulegenden Zeitwerten bei Finanzinstrumenten des Handelsbestands.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betrugen 112,2 Mrd € und waren damit um 2,5 Mrd € niedriger als im Vorjahr. Das Volumen der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ging im Geschäftsjahr um 23,0 Mrd € zurück und betrug zum Stichtag 11,7 Mrd €.

Forderungen an Kunden

Im Geschäftsjahr 2010 beliefen sich die Forderungen an Kunden auf 71,3 Mrd € und konnten gegenüber dem Vorjahr (Vorjahr: 70,5 Mrd €) leicht gesteigert werden. Der Anstieg resultiert aus den Bereichen Ratenkredite und Schuldscheindarlehen.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen, die aus Forderungen an Kreditinstitute, Anlagen im Handelsbestand und Schuldverschreibungen bestehen, beliefen sich auf 82,7 Mrd €.

Die Forderungen an Kreditinstitute lagen mit 16,2 Mrd € um rund 13,0 Mrd € unter dem Vorjahreswert.

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute resultierte im Wesentlichen aus der Erstanwendung BilMoG und der daraus resultierenden Umgliederung der Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften in den Handelsbestand sowie den rückläufigen anteiligen Zinsen für die Swapgeschäfte.

Die Forderungen an Kreditinstitute umfassen seit dem Geschäftsjahr 2010 lediglich den Bestand der anteiligen Swapzinsen, der nicht dem Handelsbestand zugeordnet ist.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden anteilige Swapzinsen in Höhe von 382 Mio € (Vorjahr: 6.609 Mio €) unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Im Handelsbestand wurden 3,6 Mrd € Wertpapierpensionsgeschäfte ausgewiesen. Im Vorjahr wurden 5,0 Mrd € unter der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute gezeigt.

Entsprechend dem Programm zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität wurde der Abbau der Wertpapiere weiter fortgeführt und der Bestand um 15,1 Mrd € auf 39,9 Mrd € verringert.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Handelsbestands in Höhe von 0,6 Mrd € unter der Bilanzposition Handelsbestand aktivisch ausgewiesen.

Der Handelsbestand betrug im Geschäftsjahr 26,9 Mrd € und beinhaltet im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Im Berichtsjahr verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 2,5 Mrd € auf 112,2 Mrd €. Die Minderung ist in Höhe von 1,7 Mrd € beim Produkt „Kapital Plus“ und in Höhe von 2,6 Mrd € bei

Tagesgeldern eingetreten. Gegenläufig entwickelten sich die Spareinlagen. Sie stiegen um 1,3 Mrd € auf 50,4 Mrd €. Insbesondere bei unserem Produkt „Aktiv-Sparen“ war ein Zuwachs zu verzeichnen.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und dem Handelsbestand, beliefen sich auf 47,9 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 23,0 Mrd € auf 11,7 Mrd € gesunken.

Der Rückgang resultiert aus der Erstanwendung BilMoG und der daraus erfolgten Umgliederung der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und der anteiligen Swapzinsen in den Handelsbestand. Zudem wurden im Berichtsjahr Offenmarktgeschäfte in Höhe von 6 Mrd € fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten umfassen seit dem Geschäftsjahr 2010 lediglich den Bestand der anteiligen Swapzinsen, der nicht dem Handelsbestand zugeordnet ist.

Im Geschäftsjahr wurden anteilige Swapzinsen in Höhe von 699 Mio € unter den Verbindlichkeiten an Kreditinstituten ausgewiesen (Vorjahr: 7.159 Mio €).

Trotz des im Geschäftsjahr 2010 emittierten vierten Jumbo-Hypothekendarlehenpfandbriefs mit einem Volumen von 1 Mrd € hat sich der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten um 3,7 Mrd € auf 12,1 Mrd € vermindert. Der Rückgang ist auf endfällige Schuldverschreibungen und kurzfristige Geldmarktpapiere zurückzuführen, die nicht wieder aufgelegt wurden.

Der Handelsbestand betrug im Geschäftsjahr 24,1 Mrd € und beinhaltet im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Im Handelsbestand wurden 0,5 Mrd € Wertpapierpensionsgeschäfte ausgewiesen. Im Vorjahr wurden 7,1 Mrd € unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Stärkung unserer Eigenkapitalposition haben wir im Berichtsjahr 600 Mio € dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt. Das Volumen des Fonds für allgemeine Bankrisiken erhöhte sich auf 1.765 Mio €.

Eigenkapital

Das Eigenkapital am 31. Dezember 2010 betrug 2.621 Mio €, nach 1.650 Mio € zum Jahresende 2009.

Im Rahmen des BilMoG wurden Erstanwendungseffekte in Höhe von 662 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt. Davon betreffen 656 Mio € den erstmaligen Ansatz der aktiven latenten Steuern.

Der Jahresüberschuss lag im Berichtsjahr 2010 bei 344 Mio € nach einem Jahresfehlbetrag von –492 Mio € im Vorjahr.

Im Rahmen der Gewinnverwendung wurden die Buchwerte der Gläubiger der stillen Einlagen (7 Mio €) sowie Teile der Genussrechts-

inhaber (35 Mio €), die in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 am Verlust der Postbank partizipiert haben, wieder erhöht.

Nach Auffüllung der Buchwerte beträgt der Bilanzgewinn 302 Mio €. Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands soll der Bilanzgewinn in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

KWG Grundsätze

Infolge der bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierung durch die Deutsche Bank AG ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr übergeordnetes Institut einer bankaufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, sondern nachgeordnetes Institut der Deutschen Bank AG; die Postbank Gruppe bildet für sich genommen keine Institutsgruppe mehr. Damit sind die Anwendungsvoraussetzungen des sogenannten Waivers nach § 2a Abs. 6 KWG für die Deutsche Postbank AG nicht mehr erfüllt, sodass diese wieder den Vorschriften des § 10 KWG sowie der §§ 13 und 13a KWG auf der Ebene des Einzelinstituts unterliegt. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die Tier I Quote 5,8 %, die Gesamtkennziffer 10,4 %. Ab dem Meldestichtag 31. Dezember 2010 erstellt die Postbank wieder die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinaus gehenden Meldepflichten gemäß KWG.

Nachtragsbericht

Herr Dr. Hugo Bänziger wurde zum 1. Februar 2011 in den Aufsichtsrat der Postbank bestellt. Am 9. Februar 2011 hat der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG Herrn Hanns-Peter Storr neu in den Vorstand berufen. Er übernimmt ab dem 1. März 2011 die Funktion des Chief Risk Officer (CRO). Darüber hinaus fielen vom 31. Dezember 2010 bis zur Aufstellung des Abschlusses durch den Vorstand am 22. Februar 2011 keine berichtspflichtigen Vorgänge mehr an.

I Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand Bericht erstattet und zusammenfassend erklärt: „... dass die Deutsche Postbank AG nach den Umständen im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäfts für jede Leistung im Sinne dieses Berichts stets eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen wurden auf Veranlassung oder im Interesse der Deutsche Bank AG bzw. ihrer verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen.“

I Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Nach der Erholungsphase der Realwirtschaft in den Jahren 2009 und 2010 haben sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise im Jahr 2010 auf die Staaten der Eurozone ausgeweitet. Während sich die Liquiditätssituation der Banken aufgrund der Intervention der Notenbanken und des wiederkehrenden Vertrauens deutlich entspannt hat, ist eine signifikante Verschlechterung der Bonität vieler EWU-Länder zu verzeichnen. Die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der Peripherieländer des Euroraums sind 2010 substantiell gestiegen. Für 2011 rechnet die Bank damit, dass die Unsicherheit hinsichtlich der nachhaltigen Zahlungsfähigkeit der EWU-Peripheriestaaten weiter anhält, dass sich die Konjunktur aber dennoch weiter erholen wird.

Gesamtbankrisiko

Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2010 sind die für Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite stets eingehalten worden. Die Risikotragfähigkeit der Deutschen Postbank AG (im Folgenden Postbank) war jederzeit gegeben.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Risikoprofil der Postbank nur marginal verändert. Die Marktpreisrisiken sind im Zuge der wieder angestiegenen Volatilitäten trotz des rückläufigen Bestands an Finanzanlagen und einer deutlich geringeren aktivischen Zinspositionierung im Wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahresresultimos verblieben. In der Kreditrisikoversorge sind die extremen Belastungen aus der Finanzkrise weitgehend berücksichtigt, die Portfoliostruktur hat sich im Kundengeschäft kaum verändert.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken aus den im Folgenden dargestellten Risikoarten waren und sind nicht erkennbar.

Kreditrisiken

Die Risikoversorge lag 2010 deutlich unter der des Vorjahres. Strategisch hat weiterhin die Bestandsbetreuung Vorrang vor der Neugeschäftsakquisition. Insbesondere legt die Postbank in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bei noch immer mit Risiken behafteten Märkten besonders konservative Maßstäbe an das Neugeschäft an.

Hinsichtlich der Entwicklung der Situation in den Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Spanien sowie Italien sehen wir derzeit keine akuten Ausfallrisiken, betrachten die Entwicklung aber dennoch mit besonderer Aufmerksamkeit.

Marktpreisrisiken

Der durchschnittliche Value-at-Risk für die Bestände des Handels- und Anlagebuchs lag im Jahr 2010 auf einem gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeren Niveau. Hier schlägt sich vor allem der sukzessive Abbau der Finanzanlagen nieder. Im Verlauf des Berichtsjahres schwankte der Gesamt-VaR der Marktrisikopositionen der Postbank aber aufgrund wieder ansteigender Volatilitäten, insbesondere im Bereich der Government Spreads, deutlich. Zum Jahresultimo lag der VaR daher nur geringfügig unter dem Wert des Vorjahresresultimos.

Vor allem die Bestände der europäischen Peripherieanleihen bleiben erhöhten Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu entsprechenden Barwerteffekten führen. Die Marktliquidität hat sich leicht verbessert.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der im Jahr 2010 weiter gestiegenen und stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen sowie des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren weiterhin solide.

Projekte im Risikomanagement

Als Folge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf ihre Ertragslage und aufgrund von Überprüfungen ihrer Risikomanagementorganisation und -prozesse hat die Postbank ein umfassendes Programm zur Verbesserung und Steigerung der Effektivität ihrer Risikomanagementorganisation und -prozesse begonnen und die Umsetzung systematisch vorangetrieben. Die Projektaktivitäten, die in Teilen auch im Geschäftsjahr 2011 umgesetzt werden, erstrecken sich von übergreifenden Themen wie Risikotragfähigkeit und Risk Governance vor allem auf Kredit-, Marktpreis- und Operationelle Risiken.

Ein Schwerpunkt in der Projektarbeit 2010 ist dabei die Verbesserung der Kreditprozesse – auch flankiert von Investitionen in ein deutlich verbessertes IT-Umfeld – gewesen. Die Arbeiten in den (Teil-)Projekten sind in wesentlichen Teilen abgeschlossen. Weitere infrastrukturelle IT-Projekte sind für 2011 geplant. Außerdem plant die Bank, die Anforderungen der MaRisk aus der Neufassung vom 15. Dezember 2010 im Rahmen der bestehenden Projekte bis Ende 2011 umzusetzen.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank und die von der Gesellschaft ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber und die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Geschäftschancen zu nutzen.

Das Risikomanagement wird im Wesentlichen bankweit durch die zentralen und angebundenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Bankfunktionen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die Risikostrategie der Postbank ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts-, Geschäftsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit. Sie werden im Rahmen der Risikostrategien, die auf den Geschäftsstrategien basieren, dokumentiert.

Die Postbank ist in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Risikokomitees

Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees				
	Bankrisikokomitee	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Vorstände/ General- bevollmächtigte	- Finanzen - Ressourcen/Kredit - Financial Markets - Retail - IT/Operations - Chief Risk Officer	- Ressourcen/Kredit - Financial Markets - Retail - IT/Operations - Chief Risk Officer	- Financial Markets - Finanzen - Ressourcen/Kredit - Chief Risk Officer	- IT/Operations - Ressourcen/Kredit - Filialvertrieb - Chief Risk Officer
Tagungs- frequenz	mindestens vierteljährlich	mindestens vierteljährlich	mindestens monatlich	halbjährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands in Hinblick auf: - Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) - Risikostrategien und Risikoprofil - Allokation von Risikokapital - Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank- Risikopositionen	- Limitallokation der Kreditrisiken - Definition des Limitsystems - Entscheidung über Änderung der Risiko- klassifizierungs- verfahren - Festlegung Standard- risikokosten	- Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken - Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs - Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation	- Definition Mindest- anforderungen für Konzerneinheiten - Definition Rahmen- bedingungen für OpRisk - Allokation der Risiko- kapitalbeträge auf die Geschäftsfelder

2010 hat die Postbank ein Bankrisikokomitee eingerichtet, das den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und den damit verbundenen Ertragszielen unterstützt. Es nimmt den Gesamtbankrisikobericht entgegen.

Das Kreditrisikokomitee ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos, das Marktrisikokomitee für die strategische Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken verantwortlich. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee definiert die OpRisk-Strategie und entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder. Darüber hinaus legt es die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest und definiert die einzuhaltenden Mindestanforderungen.

In den Risikokomitees (Bankrisiko-, Kreditrisiko-, Marktpreisrisiko- und OpRisk-Komitee) ist der Chief Risk Officer (CRO) als stimmberechtigtes Mitglied vertreten.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Im Jahr 2010 wurde die Struktur der CRO-Bereiche weiterentwickelt und noch stärker an den Risikoarten und übergreifenden Steuerungsfunktionen ausgerichtet. Ziel ist eine stärkere risikoartenübergreifende Konvergenz der Prozessdefinitionen und Überwachungsfunktionen.

Der CRO ist bankweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er berichtet regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage der Postbank. Dem CRO sind in der Aufbauorganisation die Bereiche „Risikosteuerung“, „Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling“ und „Kreditrisikosteuerung“ zugeordnet. Sie gehören insgesamt zu dem Ressort Konzernsteuerung.

Der Bereich Risikosteuerung betreibt den weiteren Ausbau der Gesamtbankrisikosteuerung und die Verzahnung vom Risikomanagement mit dem Finanzbereich und dem Meldewesen sowie die bankweite Überwachung der Operationellen Risiken. Ziel ist die Optimierung der bankweiten ökonomischen Kapital- und Risikoallokation auf Basis der Reports und Daten der Bereiche Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling, Kreditrisikosteuerung, Controlling und Meldewesen sowie der Operationellen Risiken. Das hierzu erforderliche Steuerungsinstrumentarium wird permanent weiterentwickelt. Der Bereich betreut das Bank- sowie das OpRisk-Komitee. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bildeten Analysen und Maßnahmenvorschläge zum Kredit- und Marktrisikomanagement – auch im Rahmen des Bankrisikokomitees – und zu den Operationellen Risiken sowie die Durchführung von bankübergreifenden Stresstests.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling ist zum einen verantwortlich für die tägliche Risikoüberwachung und Berichterstattung zu den Marktpreis- und Liquiditätsrisiken der Postbank sowie die fachliche Koordination des mindestens monatlich tagenden Marktrisikokomitees. Monatlich bzw. quartalsweise werden zudem das Geschäfts-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko sowie die Risikotragfähigkeit der Bank ermittelt. In der Abteilung Risikoanalytik ist grundsätzlich die Methodenhoheit für sämtliche in der Postbank angewandten Methoden und Modelle zur Risikoquantifizierung gebündelt. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren der Postbank.

Der Bereich Kreditrisikosteuerung erstellt das kreditfachliche Regelwerk für das Retail- und Baufinanzierungskreditgeschäft sowie die Kreditrichtlinien für das Firmenkundengeschäft und die Financial-Markets-Aktivitäten der Postbank. Neben den internen Managementvorgaben sind hierbei die MaRisk und die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung maßgeblich. Zusätzlich nimmt der Bereich für die Kreditrisiken die Limitüberwachungs-, Reporting-, Analyse- und Portfoliosteuerungsfunktion wahr, betreut das Kreditrisikokomitee und koordiniert den Risikovorlageprozess. Unter Federführung der Abteilung Immobilienbewertung erfolgt überdies die Wertermittlung immobiler Sicherheiten.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist bei der Postbank auf mehrere Einheiten verteilt: Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts sowie die Niederlassung in London.

Das Ressort Financial Markets verantwortet die bankweite, operative Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken. Hierzu ist das Ressort aufgegliedert in die Bereiche Treasury und Liquiditäts-/Kapitalmanagement sowie das Chief Operating Office. Im Bereich Treasury erfolgt die Steuerung der Zins-, Aktien-, Währungs- und Spread-Risiken. Der Bereich Liquiditäts-/Kapitalmanagement ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und Aussteuerung der Liquiditätsfristentransformation.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Weitere Entwicklungen im Risikomanagement

Neben der Weiterentwicklung der CRO-Struktur gab es im Berichtsjahr noch weitere wesentliche organisatorische Einzelmaßnahmen. Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Unabhängig hiervon hat der Gesamtvorstand den CRO beauftragt, Verbesserungen hinsichtlich des Risikomanagements mit Umsetzung in einer neuen Risk Governance in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 zu erarbeiten.

Dies umfasst insbesondere die risikoadjustierte Ertragssteuerung durch die Gremien der Postbank auf Basis eines weiterentwickelten Gesamtbanksteuerungs- und Risikokapitalkonzepts. Im Jahr 2010 hat die Postbank daher ein Projekt zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts insbesondere in Hinblick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse und des Einsatzes von Risikokapital in der Gesamtbanksteuerung aufgesetzt. Zu den Details bezüglich der Ausgestaltung des Risikotragfähigkeitskonzepts wird auf die Abschnitte „Risikotragfähigkeit“ und „Risikokapital“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ verwiesen.

Innerhalb der Kreditrisikosteuerung und -überwachung wurden vier umfangreiche Projekte zur Weiterentwicklung der Modelle und Prozesse im Kreditgeschäft Retail und Non-Retail aufgesetzt. Schwerpunkte waren die Validierung und die bei Bedarf durchgeführte (Neu-) Kalibrierung der bestehenden Ratingmodelle sowie die punktuelle Änderung bei weiteren Ratingmodellen, Prozessverbesserungen im gesamten Kreditprozess von der Früherkennung über die Sanierung bis zur Optimierung des Risikovorlageprozesses, die Neufassung der gesamten schriftlich fixierten Ordnung (SFO), eine Überarbeitung der Model Change Policy, die Einrichtung eines Validierungsgremiums sowie eine deutlich verbesserte Kreditdokumentation.

Insbesondere innerhalb der Projekte zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken wurden im Berichtsjahr 2010 weitere Fortschritte erzielt. Ziel des Programms ist die Stärkung der Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist vorgesehen, nach aufsichtlicher Genehmigung die Risikomodelle für die genannten Risikoarten auch für die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung zu verwenden.

Im Rahmen des Projekts „Internes Marktrisiko-Modell“ erfolgte im Berichtsjahr die weitgehende Produktivnahme aller weiterentwickelten Module. Auf dieser Grundlage können differenziertere Risikoanalysen durchgeführt und die bestehenden Steuerungsansätze verfeinert werden. Darüber hinaus erfolgte die vollständige Implementierung eines neuen Marktdatenliefersystems mit dem Ziel der weiteren Vereinheitlichung und Qualitätssteigerung der bankweit verwendeten Marktdaten.

Im „A-IRBA“-Projekt (fortgeschrittener Ansatz zur Kreditrisikomessung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls) wurde die Entwicklung der Ratingmodelle und der relevanten Prozesse mit deutlich verstärkten Ressourcen im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen, sodass ab dem 1. Januar 2011 der sogenannte „Use Test“ beginnen kann. Die aufsichtliche Prüfung wird für das dritte Quartal 2011 angestrebt.

Das Projekt „AMA-Umsetzung“ (Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes für die Operationellen Risiken) wurde im ersten Quartal 2010 planmäßig abgeschlossen. Im Rahmen einer Vorort-Prüfung im zweiten Quartal 2010 hat sich die Aufsicht von der Erfüllung der relevanten Anforderungen der Solvabilitätsverordnung und der Eignung des implementierten Kapitalmodells überzeugt. Die Zulassung zur Anwendung des AMA-Ansatzes auf Ebene des Postbank Konzerns wurde durch die BaFin zum 31. Dezember 2010 erteilt. Für die Deutsche Postbank AG wird der Anrechnungsbetrag weiterhin auf Basis des Standardansatzes kalkuliert.

Arten von Risiken

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten).

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der

Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

I Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank.

I Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapital- und/oder Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird im Hinblick auf den Anlegerschutz beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Der Gesamtvorstand legt eine Risikoneigung in Form einer Eintrittswahrscheinlichkeit für unerwartete Verluste und einer Verlustobergrenze (Risikotoleranz) fest.

Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist. Im Konzept zum Schutz der erstrangigen Anleger wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse zusätzliche Abschlüsse und Limitpuffer verwendet.

Das derzeit verwendete Risikotragfähigkeitskonzept wird vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Finanzmarktkrise und zunehmend präzisierter regulatorischer Vorgaben derzeit in einem eigenständigen Projekt überarbeitet.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die für die Postbank wesentlichen und operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko) im Rahmen der Betrachtung der Risikotragfähigkeit regelmäßig definierten Stress-tests unterzogen.

Die Weiterentwicklung der integrierten Gesamtbankstresstests ist je nach Veränderung der Marktentwicklung sowie des Risikoprofils der Postbank ein stetiger, dynamischer Prozess. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch risikoartenspezifische Sensitivitätsanalysen und Stresstests durchgeführt.

Risikokapital

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand der Postbank gemäß seiner Risikotoleranz nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko der Postbank dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und den Risikoarten zugeordnet. Die weitere Verteilung des zugeordneten Risikokapitals erfolgt durch die Risikokomitees. Für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko werden aus dem zur Verfügung gestellten Risikokapital die operativen Limite abgeleitet.

Weitere Risiken werden über Abzugsposten berücksichtigt. Liquiditätsrisiken werden in der Risikotragfähigkeit nicht explizit berücksichtigt und folglich nicht separat mit ökonomischem Risikokapital unterlegt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Die Postbank verfügt über ausreichend Liquiditätsquellen sowie für potenzielle Stresssituationen über ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren. Das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation (Liquiditätsfristentransformationsrisiko) wird zurzeit implizit teilweise über das für Geschäftsrisiken, teilweise über das für Marktpreisrisiken bereitgestellte Risikokapital abgedeckt.

Da eine einfache Summierung des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Zwischen Markt- und Kreditrisiken bestehen erfahrungsgemäß hohe Korrelationen. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Um die Auslastung des ökonomischen Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestuften Risiken verwendet die Postbank einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr, Marktpreisrisiken 90 Tage) nicht überschritten wird.

Risikolimitierung

Die Limitierung der Risikopositionen erfolgt bei der Postbank für die in die Risikotragfähigkeit einbezogenen Risikoarten primär über das bereitgestellte Gesamt-Risikokapital sowie für die einzelnen Risikoarten auf Basis abgeleiteter VaR-Limite, die je Risikoart zusätzlich durch Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite ergänzt werden, um neben den eigentlichen Risikopositionen ebenfalls Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken. Bei der Limit- bzw. Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie Sensitivitätsanalysen berücksichtigt.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert.

Die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken basiert auf dem internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Das Modell fußt auf dem in der Bankenbranche üblichen Verlustverteilungsansatz und nutzt die gemäß § 284 Solvabilitätsverordnung (SolvV) geforderten Elemente wie interne Verlustdaten, externe Verlustdaten (bezogen vom Datenkonsortium ORX), Szenarioanalysen sowie Postbank spezifische Geschäftsumfeld- und interne Kontrollfaktoren.

Den vier Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird vierteljährlich überwacht. Der Gesamtvorstand sowie die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene unterrichtet. Bei einer Limitüberschreitung auf Geschäftsfeldebene entscheidet das OpRisk-Komitee über die weitere Vorgehensweise, bei einer Überschreitung des VaR-Limits auf Gesamtbankebene der Gesamtvorstand.

Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Ihr Risikokapital stellt Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikococontrolling überwacht regelmäßig die Angemessenheit dieser Abzugsgrößen.

Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Bankebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auf Basis der von der Bank getroffenen Korrelationsannahmen auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation ist auch 2010 unverändert angespannt gewesen. Das aus den Positionen resultierende Marktpreisrisiko ist mit Schwankungen im Wesentlichen auf dem Niveau von 2009 verblieben. Die erwarteten und unerwarteten Verluste beim Kreditrisiko sind tendenziell rückläufig, jedoch im Zusammenhang mit dem neuen Limitpuffer für Modellunsicherheiten zu sehen. Da die Risikotragfähigkeit auf Ebene des Postbank Konzerns berechnet wird, verweisen wir zu näheren Details auf den Konzernlagebericht.

Risikokonzentrationen

Mit Blick auf die Verbesserung der Kreditportfoliosteuerung mit dem Schwerpunkt der Steuerung von Risikokonzentrationen hat die Postbank im Jahr 2010 ein Projekt zur Weiterentwicklung der Steuerung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft umgesetzt. Ziel ist ein systematisches Kreditportfoliomanagement, welches Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektore-

raler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt.

Aktuell sind auf Basis des zugrunde gelegten Konfidenzniveaus von 99,93 % Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich der Banken mit einem Rating von A sowie im Portfolio mit strukturierten Krediten (SCP) erkennbar.

Konzentrationen bei Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht. Die Begrenzung erfolgt über Volumen- oder Gap-Limite, die laufend überwacht werden, das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen).

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank zudem Ertragsrisiken in der Form, dass aus Kundengeschäften geringere Erträge als geplant erwirtschaftet werden können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Risikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und Risikoauslastung. Im Jahr 2010 wurde ein neuer führender Gesamtbankrisikoreport konzipiert und eingeführt, der quartalsweise den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat über die Risikolage der Postbank informiert. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten sowie die Risikotragfähigkeit werden durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte dargestellt. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting liegen in den Bereichen Risikoanalytik und Marktpreisrisikokontrolling sowie Risikosteuerung.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit Inkrafttreten der Solvabilitätsverordnung (SolV), d. h. seit dem 1. Januar 2007, auf Basis der Vorgaben von Basel II. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme genehmigt. Damit orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend werden Kredite in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in Abhängigkeit von der Bonität

der Schuldner, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Sicherheiten, mit Eigenkapital unterlegt.

Für die folgenden Portfolios (gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung) hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2010 die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert:

- | Zentralregierungen: Staaten
- | Institute: Banken
- | Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften
- | Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail
- | Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolV ausgenommen
- | Verbriefungen
- | Sonstige kreditunabhängige Aktiva

In den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verwendet die Postbank selbst geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie für das Mengengeschäft ergänzend selbst geschätzte Verlustquoten und Konversionsfaktoren.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- | Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment
- | Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen
- | Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums

Darüber hinaus ist die Postbank aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios. Das Erreichen der Eintrittsschwelle und der damit angestrebten Entlastung bei den risikogewichteten Aktiva und bei der Eigenkapitalquote ist für das Jahresende 2011 geplant. Eine Abnahme muss letztendlich durch die Aufsichtsbehörde erfolgen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Im Rahmen eines Projekts wurden im Jahr 2010 darüber hinaus die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, um das für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken im Einsatz befindliche interne Marktrisikomodell – nach einer aufsichtlichen Zulassung – auch für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für das allgemeine Zinsänderungsrisiko gemäß der Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Operationellen Risiken hat die Postbank bislang den Standardansatz genutzt. Im Rahmen einer Vorortprüfung für die Zulassung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA) hat die Aufsicht im zweiten Quartal 2010 die

Eignung der Aufbau- und Ablauforganisation des Systems zur Identifizierung, Messung, Überwachung, Berichterstattung und Steuerung der Operationellen Risiken, die internen Verfahren zur Überprüfung des Risikomeßsystems sowie die Zuverlässigkeit und Integrität der in diesem Zusammenhang relevanten IT-Systeme überprüft. Die Zulassung zur Anwendung des AMA-Ansatzes auf Ebene des Postbank Konzerns wurde durch die BaFin zum 31. Dezember 2010 erteilt. Für die Deutsche Postbank AG wird der Anrechnungsbetrag weiterhin auf Basis des Standardansatzes kalkuliert.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG hat die Postbank am 31. März 2010 und am 31. August 2010 ihre Offenlegungsberichte (Säule-III-Bericht nach Basel II) für die Postbank Gruppe auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Liquiditätsanforderungen

Die Postbank erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 8 LiqV. Die Prozesse zur bankweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen (siehe dazu Kapitel „Liquiditätsrisiken“).

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) regeln die regulatorischen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft, das Betreiben von Handelsgeschäften sowie die Ausgestaltung der Tätigkeiten der Internen Revision. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Darüber hinaus sind mit den MaRisk die qualitativen Anforderungen an die Säule II gemäß Basel II regulatorisch umgesetzt worden. Diese Regelungen schließen insbesondere die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken sowie Operationelle Risiken ein.

Wesentliche Kernaufgabe im Jahr 2010 war die Umsetzung der zusätzlichen Anforderungen der am 14. August 2009 veröffentlichten Neufassung der MaRisk bezüglich der Einbindung der Aufsichtsorgane, der Behandlung von Risikokonzentrationen, des Risikomanagements auf Gruppenebene und der Anforderungen an die Vergütungssysteme. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikomanagements wurden die wesentlichen Eckpunkte aus der Neufassung der MaRisk in der veröffentlichten Fassung des Rundschreibens 10/2010 vom 15. Dezember 2010 berücksichtigt. Die Postbank wird die ausstehenden Maßnahmen bis Ende 2011 umsetzen.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Marktpreisrisiken bezeichnen die möglichen finanziellen Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmender Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements in der Postbank trägt der Vorstand, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Postbank.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling fungiert als unabhängige Überwachungseinheit für die Marktpreisrisiken bei der Postbank. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation und -messung übernimmt er auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßigen Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die barwertigen Auswirkungen außergewöhnlicher Marktbewegungen analysiert werden. Der Berücksichtigung von Konzentrationsrisiken wird in der Marktpreisrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Dies erfolgt beispielsweise im Rahmen der regelmäßigen Szenarioanalysen durch Quantifizierung der Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests. Außerdem werden im Rahmen der täglichen Überwachung der Marktpreisrisiken Sensitivitätsanalysen durchgeführt, anhand derer für alle Portfolios der Postbank auch Risikokonzentrationen identifiziert werden. Instrumente hierfür sind

Zinsgapstruktur-Analysen, nach Assetklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und Fremdwährungspositionen der Postbank.

Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete Rückführung des Marktpreisrisikoexposures wurde im Jahr 2010 fortgeführt. Die im Zinsbereich im Verlauf von 2009 eingenommene aktivische Ausrichtung wurde im Verlaufe des Jahres 2010 deutlich reduziert. Die Postbank baut ihren Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten und Verkäufe ab. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

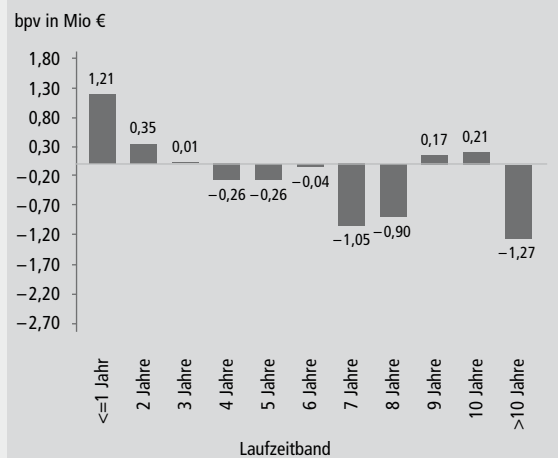
Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden wesentliche gesetzliche bzw. vertraglich eingeräumte Sondertilgungsrechte als auch Neugeschäfts- und Prolongationsangebote sowie Zahlungsstörungen im Kreditgeschäft berücksichtigt. Die dazu verwendeten Modellierungsmethoden werden laufend überprüft und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Wie in den MaRisk gefordert, werden Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die operative Risikosteuerung erfolgt grundsätzlich für alle Marktpreisrisiken zentral im Ressort Financial Markets der Postbank. Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2010 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 31.12.2010



Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept

Die Postbank quantifiziert und überwacht die eingegangenen Marktpreisrisiken auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt im Bankbuch nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz, für die Handelsbuchbestände auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen (Bankbuch) bzw. 1 Tag (Handelsbuch). Als Risikofaktoren werden neben Zinskurven, Aktienkursen, Rohwarenpreisen, Wechselkursen sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Credit-Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen bzw. 1 Handelstag mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle Portfolios des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimits werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden bei der Postbank durch ein System risikobegrenzender Limits auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt. Die Limits werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimits den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limits werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Im Jahr 2010 haben aufgetretene Marktwertverluste insbesondere aus nachteiligen Spread-Veränderungen in einzelnen Subportfolios zu teilweisem Limitverzehr geführt. Limitüberschreitungen waren nicht zu verzeichnen.

Neben diesen VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite für das Handels- und Bankbuch sowie für relevante Subportfolios festgelegt worden, die die Credit-Spread- und Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Büchern bzw. Laufzeiten begrenzen.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert.

Im Rahmen des laufenden Projekts „Internes Marktrisikomodell“ wurde das Backtesting für die Handelsbuchportfolios vollständig von einem Clean Mark-to-Model- auf ein Clean Mark-to-Market-Verfahren umgestellt.

Zum Ultimo 2010 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse (Ampelfarbe Grün) und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren in den Risikoarten Zins, Spreads, Währungen und Aktien durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung.

Auch im Berichtsjahr 2010 wurden die Szenarioannahmen und Stressparameter regelmäßig überprüft und verfeinert, darüber hinaus wurde das Spektrum der durchgeführten Stresstests erweitert. Damit wird auch den weitergehenden Anforderungen aus der MaRisk-Novellierung Rechnung getragen. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit der Postbank auch bei einer noch weiteren Verschärfung der angespannten Marktsituation gewährleistet ist. Die größten Anfälligkeiten zeigen sich unverändert im Zins- und Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktien-, Währungs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

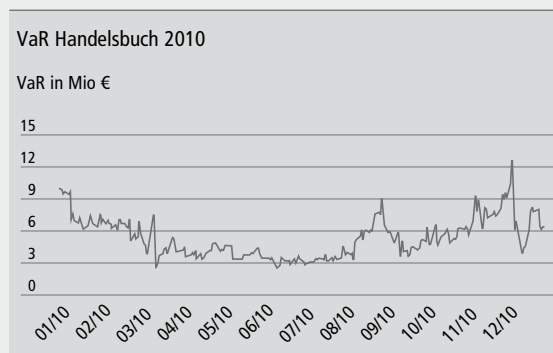
Risikokennzahlen

Für die Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 (sowie für das Vergleichsjahr 2009) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) für das Handelsbuch ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbuch	2010 Mio €	2009 Mio €
VaR zum Jahresultimo	5,6	9,8
Minimaler VaR	1,5	3,9
Maximaler VaR	12,3	22,5
VaR im Jahresdurchschnitt	4,6	12,5

Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken im Anlagebuch determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbuch in deutlich kleinerem Umfang auch Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2010 für das Handelsbuch ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

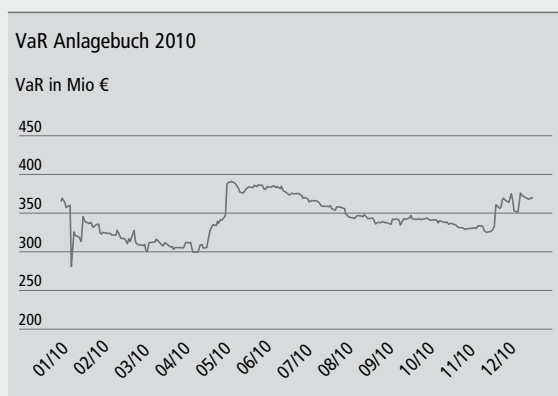


Im Verlauf des Jahres 2010 wurden im Handelsbuch die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur Positionierung an den Zins- und Aktienmärkten genutzt. Der VaR im Handelsbestand war im vergangenen Jahreszeitraum insgesamt rückläufig. Nach einem Rückgang im ersten Halbjahr 2010 verzeichnete er in einem insgesamt volatileren Marktumfeld im zweiten Halbjahr 2010 deutlichere Anstiege. Gleichwohl bewegte er sich auf einem gegenüber 2009 deutlich geringeren Niveau.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) zum 31. Dezember 2010 372,6 Mio € (zum Vergleich: 365,2 Mio € per 31. Dezember 2009).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2010 Mio €	2009 Mio €
VaR zum Jahresultimo	372,6	365,2
Minimaler VaR	286,7	348,6
Maximaler VaR	393,8	538,3
VaR im Jahresdurchschnitt	347,3	461,5

In die Berechnung werden sämtliche marktpreisrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.



Der VaR im Anlagebuch der Postbank verlief im Jahr 2010 unter Schwankungen tendenziell seitwärts. Nach einem Rückgang im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 stieg der VaR zu Beginn und zum Ende des zweiten Halbjahres 2010 aufgrund der gestiegenen Marktvolatilität im Rahmen der EU-Staatshaushaltskrisen an, welche den Effekt aus der Reduzierung des aktivischen Zinsexposures auf Jahressicht kompensierten.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen. Er liefert die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse dar, abgegrenzt nach Managementeinheiten.

- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert die Postbank als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I **Bonitäts- und Ausfallrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I **Abwicklungsrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I **Kontrahentenrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- I **Länderrisiken**
Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für das Risikomanagement trägt der Vorstand, die Überwachung durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Kreditrisikosteuerung festgelegt. Die strategisch strukturelle Steuerung erfolgt durch das Kreditrisikokomitee (KRK). Die operative Kreditrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral durch die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen (UF), Gewerbliche Immobilien (GI) und Banken & Kapitalmärkte (BuK). Während die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle in der Abteilung Risikoanalytik erfolgen, wird die Limitüberwachungs-, Reporting- und Steuerungsfunktion in der Abteilung Kreditrisikokontrolling wahrgenommen. Die Abteilung Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Die Postbank steuert ihr Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostrategie. Die Kreditrisikostrategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde unter der Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitäts-einstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren mindestens jährlich oder anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Ratingsysteme obliegt der Abteilung Risikoanalytik. Zur Überwachung der Ratingsysteme gehören u. a. die Überprüfung der Vorhersagegüte und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und

Validierung der Ratingsysteme. Um diesen Prozess systematisch zu unterstützen, hat die Bank im vierten Quartal ein Validierungsgremium unter Vorsitz des CRO eingerichtet. Dieses Gremium stellt auch die Einbindung der Ergebnisse aus den Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt im Bereich Kreditrisikosteuerung. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte im Jahr 2010 einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikomanagements der Bank dar. Um den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung vollumfänglich und perspektivisch auch im fortgeschrittenen Ansatz gerecht zu werden, hat die Bank eine erhebliche Aufstockung der Personalressourcen in der Abteilung Risikoanalytik vorgenommen.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Zudem werden jährlich die Zuordnung der Ratingklassen der Postbank Masterskala zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Ergebnisse der Parameterschätzung (PD, LGD, CCF) überprüft. Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit einer direkten Ableitbarkeit geschäftspolitischer und modellrelevanter Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist, sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen an Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingekommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Im Jahr 2010 wurden wesentliche Sicherheitenprozesse neu konzipiert, die sukzessive ab Jahresanfang 2011 eingeführt werden. Weitere Verbesserungen von Prozessen, Reportings und Systemen erfolgen im Jahr 2011. Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A–. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgt turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts des Zentralen Kreditausschusses (ZKA). Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Bewertungsspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobilien-sachverständige vorgenommen.

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements beabsichtigt die Postbank die Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems. Eine Vorstudie hierfür wurde bereits erstellt. Die Einführung erfolgt modular, für erste Teilportfolios bereits im Jahr 2011.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoidikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Frühwarnindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit sowie dem Kreditrisikokomitee quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Berichtsjahr hat die Postbank in Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Bonitätsverschlechterung vieler Kunden und Kontrahenten ihre Prozesse im Rahmen umfangreicher Projekte signifikant verbessert. Schwerpunkt war u. a. die verbesserte Identifikation, Dokumentation und spezialisierte Bearbeitung von ausfallgefährdeten und sanierungsbedürftigen Kreditengagements. In diesem Zusammenhang wurden eigens darauf spezialisierte Spezialkreditabteilungen gegründet und mit Sanierungsspezialisten besetzt.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Neben der Überwachung der Einzelrisiken wird der Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestands ermittelt. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen. Darüber hinaus wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit der im Kapitel Risikokapital und Risikolimitierung beschriebene Abzugsposten zur Berücksichtigung von Modellunsicherheiten angesetzt.

Im Unterschied zum CVaR ist der erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Bankportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating und der Laufzeit des Kontrahenten bzw. Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum

hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Kreditportfolios berechnet, für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im gesamten Kreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten. Aufgrund der zitierten Modellunsicherheiten im Zusammenhang mit der Messung des CVaR steht für 2011 die Ablösung des derzeitigen Portfoliomodells im Vordergrund.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2010 (Berechnung per 30. November 2010) im Vergleich zum Jahresende 2009 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Weil der CVaR inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur in der nachstehenden Tabelle auf Konzernebene dargestellt.

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		CVaR ¹	
	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2009 Mio €
Firmenkunden	28.605	28.422	123	127	272	228
Privatkunden	46.231	46.162	248	278	161	186
Financial Markets	119.362	141.800	312	440	1.448	1.755
Sonstige (Banken/ Kommunen)	3.840	4.530	4	3	98	101
BHW ²	39.165	39.417	115	104	79	68
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	237.203	260.331	802	952	1.469	1.765

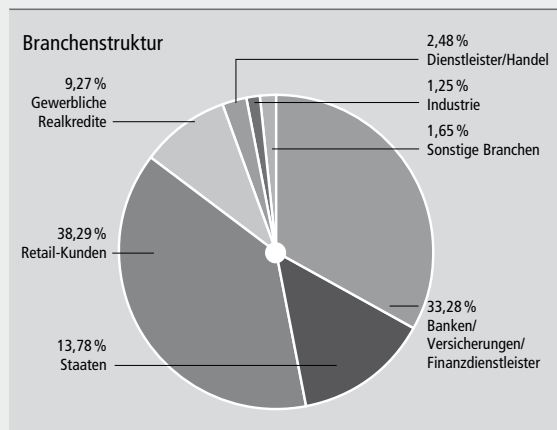
¹ Konfidenzniveau 99,93 %; aufgrund Diversifikationseffekte ist CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als Summe der Einzel-CVaR der Geschäftsbereiche

² Bestand des Treuhandgeschäfts der BHW Bausparkasse ist unter Privatkunden abgebildet

Der Gesamtbestand hat im Jahr 2010 von 260,3 Mrd € per Jahresultimo 2009 um 8,9 % auf 237,2 Mrd € abgenommen. Gegenüber dem Vorjahresultimo ist der erwartete Verlust um 15,7 % zurückgegangen, der unerwartete Verlust ist um 16,8 % gesunken. Der Rückgang der erwarteten und unerwarteten Verluste insgesamt resultiert insbesondere aus Volumenrückgängen im Bereich Financial Markets (SCP) sowie positiven Ratingmigrationen im Retail-Bereich.

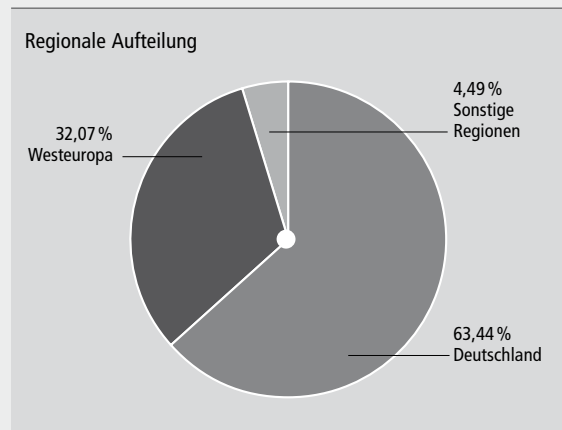
Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der angesprochenen Konzentration bei Banken eine ausgewogene Struktur. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen wird noch immer dominiert durch ein Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten optimiert wurde.



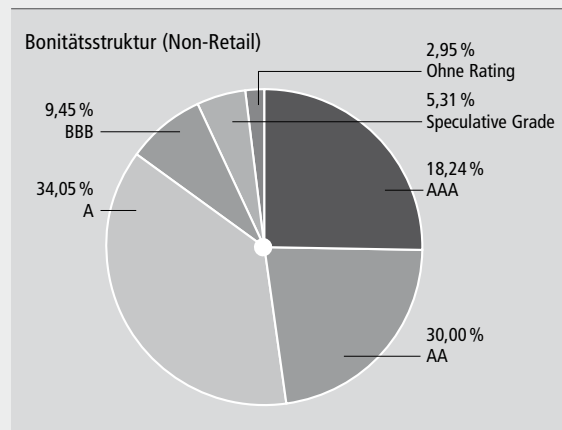
Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt. Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland.



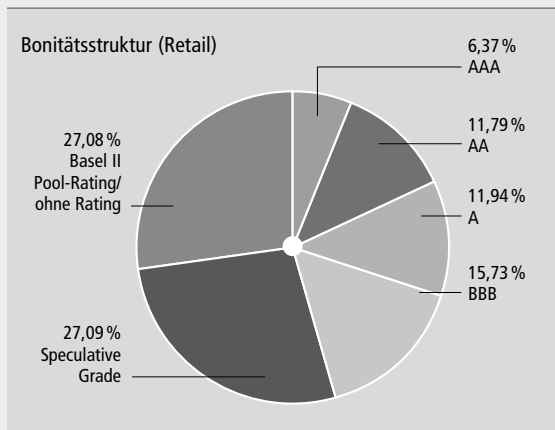
Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 verdeutlicht die Grafik leichte Ratingverschlechterungen als Folge aus der Finanzmarktkrise. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt innerhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung und somit innerhalb der vorgegebenen Bandbreite.

Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine unverändert günstige Bonitätsstruktur auf, wie die folgende Grafik illustriert. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risiko-Pools gebildet, für die die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.



Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungs-Pools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor’s“, „Moody’s“ oder „Fitch Ratings“) geratet.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank die Transaktion „PB Domicile 2006-1“ mit einem Volumen in Höhe von 1.840 Mio € im Bestand. Darüber hinaus hat die Postbank als traditionelle Verbriefungen die Originator-Verbriefungen PB Consumer 2008-1 und PB Consumer 2009-1 strukturiert, zu der per Stichtag allerdings kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene Reportinginstrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht wird dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben und zuvor im Kreditrisikokomitee ausführlich besprochen. Er gibt Aufschluss über die Entwicklung des Kreditportfolios einschließlich SCP hinsichtlich Struktur, Rating, Entwicklung Risikovorsorge und deren Einflussfaktoren sowie ergriffener Maßnahmen und deren Auswirkungen.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modell-Monitoringreports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.
- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wertberechtigten Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie den UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements trägt der Vorstand, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling fungiert als bankweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt dieser Bereich auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen.

In der Postbank sind im Rahmen von Projekten die wesentlichen Voraussetzungen für eine differenzierte Liquiditätssteuerung unter Beachtung der aus den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ abgeleiteten Anforderungen geschaffen worden. Das Konzept zur Liquiditätssteuerung wird unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtlichen Debatte und unter besonderer Berücksichtigung der strukturellen Liquiditätsposition über mehrere Jahre laufend weiterentwickelt.

Die Postbank hat im Berichtsjahr die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV) stets erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Der Bereich Liquiditätssteuerung im Ressort Financial Markets ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Steuerung der Liquiditätsfristentransformation.

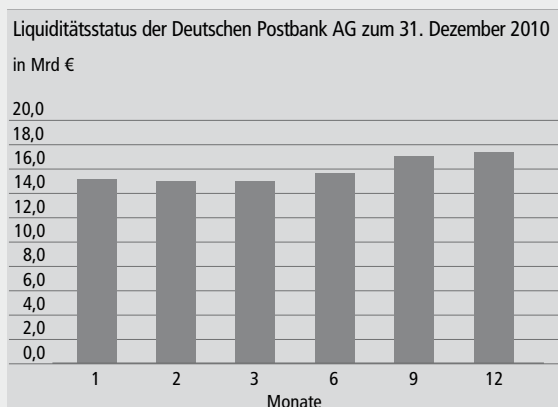
Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung neben einer regelmäßigen Liquiditäts- und Emissionsplanung auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich einer Reihe von Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität. Im Rahmen dieser Stresstests werden auch Risikokonzentrationen im Hinblick auf die individuelle Liquiditätslage der Postbank, z. B. hinsichtlich der Bestände in Spar- und Sichteinlagen oder des Zugangs zum besicherten und unbesicherten Geldmarkt, identifiziert und analysiert.

Die Ergebnisse der Stresstests zeigen, dass die Liquiditätssituation der Postbank – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise phasenweise massiv erschwerten Marktbedingungen – nicht zuletzt aufgrund der weiter gestiegenen Basis an Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren angemessen ist.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2010. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen der folgenden zwölf Monate nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.



Risikoreporting

Insgesamt nutzt die Postbank verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken, die fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt werden. Im Folgenden werden die Standardreports näher erläutert:

- I Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und der Bereich Liquiditätssteuerung werden täglich durch das Risikocontrolling über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastungen unterrichtet. Dabei werden die Zahlungsein- und -ausgänge detailliert den verfügbaren Liquiditätsquellen gegenübergestellt.
- I Ergänzend wird das Marktrisikokomitee monatlich durch den Bereich Liquiditätssteuerung in einem eigenständigen Report zur Marktsituation, Liquiditätssituation und Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- I Der Gesamtvorstand und die Mitglieder des Marktrisikokomitees erhalten monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstands-Informationssystems (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.
- I Der Aufsichtsrat wird quartalsweise über die Liquiditätssituation – auch in den definierten Stresssituationen – informiert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Kapitalmodell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten

Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Für die Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Aktivitäten zur Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA) wurden Anfang 2010 fristgerecht abgeschlossen. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens hat die Aufsicht bei einer Vorortprüfung im zweiten Quartal 2010 die Eignung des Kapitalmodells und der zugehörigen Methoden und Verfahren, die Zuverlässigkeit und Integrität der IT-Systeme sowie der Verfahren zur Überprüfung des Risikomesssystems intensiv geprüft. Die Zulassung zur Anwendung des AMA-Ansatzes auf Ebene des Postbank Konzerns wurde durch die BaFin zum 31. Dezember 2010 erteilt. Für die Deutsche Postbank AG wird der Anrechnungsbetrag weiterhin auf Basis des Standardansatzes kalkuliert.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand der Postbank verantwortet die zentralen Aufgaben des Risikomanagements der Operationellen Risiken, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) legt die Rahmenbedingungen für das Controlling der Operationellen Risiken fest. Das operative Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten der Postbank.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Die OpRisk-Strategie beinhaltet neben qualitativen Aussagen zum täglichen Umgang mit den Operationellen Risiken auch vier quantitative Elemente:

- I Vorgabe eines VaR-Limits für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankebene
- I Allokation von ökonomischem Kapital für Operationelle Risiken auf die internen Geschäftsfelder
- I Definition von Warnschwellen zur strukturellen Verlustentwicklung je Geschäftsfeld („typischer Verlust“)
- I Definition von Warnschwellen zu Frequenzschäden (häufige Fälle mit geringer Schadenhöhe)

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Die Berechnung der Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken fußt auf dem intern entwickelten Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den vier Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regulären Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter

extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben. Daneben wird untersucht, wie sich veränderte Parameter der Tail-Verteilung auswirken.

Neben dem Quantifizierungsmodell setzt die Postbank insbesondere folgende Instrumente ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 €
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument
- I halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges
- I Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen
- I IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken

Im „OpRisk-Handbuch“ sind sowohl die Methoden und Instrumente als auch die originären Verantwortlichkeiten der am OpRisk-Controlling und -Managementprozess Beteiligten beschrieben. Die Verantwortung zur Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Anfang des Jahres 2010 wurde zur Verstärkung des zentralen OpRisk-Controllings sowie zur Betonung der Bedeutung des Themas eine eigenständige Abteilung „Operationelle Risiken und Geschäftsanalyse“ im Bereich „Risikosteuerung“ eingerichtet. Neben den zentralen Koordinations- und Reportingaufgaben werden auch die Schulungen der dezentralen Risikomanager sowie die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösung zentral verantwortet.

In Ergänzung zu der zentralen Abteilung und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Schäden aus Operationellen Risiken oberhalb der Erfassungsgrenze von 1 T€ sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum signifikant gestiegen. Hiervon ist nur ein geringer Anteil auf einzelne Großschäden zurückzuführen; der Rest basiert vor allem auf den zahlreichen Betrugsdelikten Externer im Geschäftsfeld Retail Banking. Ein Schwerpunkt lag dabei auf den Frequenzschäden wie Kreditkartenbetrug, Phishing sowie Überweisungs- und Kreditbetrug, also Fällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch häufig auftreten.

Der Fokus der Betrugsbekämpfung liegt insbesondere in der zeitnahen und bankweiten Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Gremium sowie in der Sensibilisierung der in den relevanten Prozessen involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Flankierend wurden im Jahr 2010 verschiedene technische Maßnahmen initiiert bzw. weitgehend etabliert, die sukzessive zu einer Verbesserung der Situation beitragen.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen Vorgaben – vierteljährlich ermittelt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Teilanrechnungsbeträge je Geschäftsfeld dargestellt.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Unternehmensfinanzierung	0	0
Handel	21	27
Privatkundengeschäft	292	269
Firmenkundengeschäft	48	38
Zahlungsverkehr und Abwicklung	0	1
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	0	0
Wertpapierprovisionsgeschäft	8	8
Summe Deutsche Postbank AG	371	344

Risikoreporting

Im Berichtsjahr 2010 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um ein Ad-hoc-Reporting an den Aufsichtsrat sowie um eine wöchentliche Berichterstattung an die OpRisk-Komitee-Mitglieder und an die Mitglieder des FRAUD-Gremiums erweitert.

Die Leitungsebenen der Postbank erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Der Gesamtvorstand sowie die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren sowie über die Einhaltung von Warnschwellen zu den typischen Verlusten je Geschäftsfeld und zu den Frequenzschäden informiert.
- I Daneben werden der Gesamtvorstand und die Mitglieder des OpRisk-Komitees quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene sowie halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees sowie des FRAUD-Gremiums erhalten zusätzlich wöchentlich eine kurze Zusammenfassung der aktuellen Schadenfallentwicklung.
- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen, entsprechend den Informationsbedürfnissen, abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme oder bei gravierenden Risiken werden die ORK-Mitglieder und die Geschäftsfeldverantwortlichen im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken

Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Einheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 hält die Deutsche Postbank AG 63 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2010 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Deutschen Postbank AG überwacht.

Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Deutschen Postbank AG gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Deutsche Postbank AG hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva.

Hiernach sind alle wesentlichen Beteiligungen der Postbank auf Gruppenebene in das operative Risikomanagement einbezogen. Über die Einbeziehung der Beteiligungen in die operative Risikoüberwachung werden die Beteiligungen jährlich hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihres Risikogehalts analysiert und gegebenenfalls weitere Beteiligungen vollständig einbezogen.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind in die operativen und strategischen Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und Überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet.

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend den vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätzen zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt die Postbank verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Immobilienbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird bei der Postbank einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen/Kredit der Postbank angesiedelte Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen. Das Immobilienmanagement koordiniert insbesondere die im Rahmen des Facility- und Propertymanagements wahrzunehmende Dienstleistersteuerung und nimmt eine übergeordnete Kostenkoordinationsfunktion im Sinne der einheitlichen Immobilienstrategie wahr. Zur Vermeidung der Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen oder Veräußerungsverlusten übt das Immobilienmanagement seine Steuerungsfunktion durch Flächenmanagement bzw. aktive Vermarktung von Remanenzen sowie durch langfristige Ressourcenallokation aus.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung (hier: Practice Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (6. Auflage) der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London), basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertverfahrens: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 6. Fassung, Januar 2008).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der eigenen Immobilien berichtet:

- I Dem Ressortvorstand Ressourcen/Kredit wird im Rahmen des im Wesentlichen durch Immobilien Themen bestimmten Reportings des Bereichs „Immobilien, Support und Sicherheit“ monatlich berichtet. Über für Immobilienrisiken wesentliche Sachverhalte wird er ergänzend 14-täglich informiert.
- I Im Rahmen eines bereichsweiten Kennziffersystems werden dem Ressortvorstand immobilienbezogene Schlüsselindikatoren reportet.
- I Der Gesamtvorstand wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise über die Höhe der Immobilienrisiken informiert.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnismrückgänge aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder

Margen und korrespondierenden Kosten. Sie entstehen dadurch, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnismrückgänge können neben internen Faktoren z.B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

I Modellrisiken

Risiko aus unerwartetem Volumen- oder Margenrückgang, das durch die Modellierung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapitalbindung und/oder variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden kann.

I Residuale Geschäftsrisiken

Sonstige unerwartete Volumen- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind. Hierzu gehören u.a.:

I Strategische Risiken

Gefährdung der Ergebniserreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der Postbank auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.

I Reputationsrisiken

Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand. Der Vorstand hat eine auf der übergreifenden Risikostrategie basierende spezifische Teilrisikostrategie für Geschäftsrisiken verabschiedet. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand und das Marktrisikokomitee berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kunden-

geschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablaufrisiken von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (v. a. Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbe-
reichen – können im Zeitablauf Volumen- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risiko-
tragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von peri-
odenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäfts-
risiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Geschäftsrisiken:

- | Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- | Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- | Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- | Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- | Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den

Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Deutsche Postbank AG der Anforderung des § 289 Abs. 5 HGB nach. Die Deutsche Postbank AG erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- | Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- | Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- | Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung und Ressourcen/Kredit beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- | Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,

- I ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- I Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- I Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- I Koordination der Entsprechenserklärung i. S. d. § 161 AktG,
- I Bereitstellung bestimmter Anhangangaben,
- I Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken.

Das Ressort Ressourcen/Kredit ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- I Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- I Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- I Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- I Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht) und Compliance,
- I Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- I Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozess-unabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256 HGB, §§ 264–287 HGB, § 289 HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Der Jahresabschluss wird durch die entsprechenden Prüfungen im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches und/oder organisatorisches Vier-Augen-Prinzip vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie des Postbank Konzerns bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitoring überwacht wird.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen

vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Verbuchung erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision prüft entsprechend den MaRisk risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Die Revision prüft grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft.

Die Interne Revision sieht in ihrem jährlichen Prüfungsplan geeignete Prüfungshandlungen vor, um die Angemessenheit der internen Ratingssysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme grundsätzlich sicherzustellen.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit Rundschreiben 22/2009 vom 21. Dezember 2009 Anforderungen an Vergütungssysteme der Institute definiert. Das Bundesfinanzministerium hat am 6. Oktober 2010 aufgrund des § 25a Abs. 5 Sätze 1–3 und 5 KWG die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV) erlassen, die das Rundschreiben der BaFin ablöst.

Die Vergütungssysteme wurden mit Wirkung für 2010 an die dort geregelten allgemeinen Anforderungen angepasst. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihrer Aufgaben und

Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die hohe Risikopositionen begründen können, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Postbank hat die aufgrund des BaFin-Rundschreibens geforderten Veränderungen rückwirkend zum 1. Januar 2010 umgesetzt und prüft die möglicherweise notwendigen Anpassungen, die sich aus der InstitutsVergV ergeben könnten. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich ist, werden diese möglicherweise notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

Laufende Rechtsverfahren

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentcheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG sowie

zwischen Deutscher Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfepflichtverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Für 2011 zeichnet sich ein Anhalten der Erholung der Weltwirtschaft ab, der globale Aufschwung bleibt jedoch anfällig für Rückschläge. Risiken für die konjunkturelle Entwicklung beinhalten die immer noch zu konstatierenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten. Zudem dürften die fiskalischen Impulse insbesondere in den Industrieländern, die die Konjunktur 2010 stützten, nachlassen. Das Wachstum wird deshalb 2011 voraussichtlich etwas niedriger ausfallen als im Vorjahr. Wir rechnen mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 4,3 %. Im Jahr 2012 sollte das Wachstum des globalen BIPs eine ähnliche Größenordnung erreichen.

In den Vereinigten Staaten wird die Konjunktur 2011 unserer Einschätzung nach ein differenziertes Bild bieten. Der private Verbrauch sollte sich aufgrund einer allmählichen Verbesserung am Arbeitsmarkt etwas deutlicher beleben. Eine positive Entwicklung ist auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten, hier sollte sich der Aufwärtstrend fortsetzen. Die Bauinvestitionen hingegen dürften sich erneut als Hemmschuh erweisen. Solange die Krise am Immobilienmarkt nicht überwunden ist, sind von dieser Seite keine positiven Impulse zu erwarten. Auch vom Außenhandel sowie vom Lagerzyklus her lassen sich tendenziell eher leicht belastende Einflüsse für die Konjunktur 2011 erwarten. Das BIP-Wachstum 2011 dürfte mit 2,9 % etwa so hoch ausfallen wie im Vorjahr. Für das Jahr 2012 halten wir – bei einer Verbreiterung der Wachstumsbasis einerseits, jedoch nachlassenden Impulsen aus staatlichen Konjunkturprogrammen andererseits – ein Wachstum in vergleichbarer Höhe für wahrscheinlich.

Der Aufschwung der japanischen Wirtschaft dürfte 2011 spürbar nachlassen. Aufgrund einer sich abschwächenden Dynamik des Welthandels sollten von den Exporten nur noch mäßige Impulse ausgehen. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage wird wohl nicht stark genug sein, dies auszugleichen. Insbesondere erwarten wir nach dem kräftigen Zuwachs im abgelaufenen Geschäftsjahr nur eine mäßige Ausweitung des privaten Verbrauchs. Das BIP dürfte deshalb mit 1,3 % nur verhalten wachsen. Für 2012 erwarten wir demgegenüber wieder ein leichtes Anziehen des Wachstums. In China sollte die Wirtschaft 2011 aufgrund der Bestrebungen der Regierung, eine Überhitzung zu vermeiden, etwas langsamer wachsen als im Berichtsjahr. Der wirtschaftliche Aufschwung wird jedoch robust bleiben und sollte sich auch 2012 fortsetzen.

Die Konjunktur im Euroraum dürfte 2011 ihren verhaltenen Aufwärtstrend fortsetzen. Angesichts der sich abzeichnenden Stabilisierung des Arbeitsmarktes sind vom privaten Verbrauch etwas stärkere Impulse zu erwarten. Positive Perspektiven zeichnen sich auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ab. Zudem sollten bei einem soliden Wachstum der Weltwirtschaft und einer mäßigen Ausweitung der Binnennachfrage die Exporte stärker wachsen als die Importe. Dämpfende Effekte gehen hingegen von der Finanzpolitik aus: Viele EU-Mitgliedsländer werden die von ihnen beschlossenen staatlichen Sparprogramme umsetzen, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren. In der Folge dürfte das BIP-Wachstum mit 1,7 % insgesamt verhalten bleiben. Dabei sollten die Unterschiede zwischen den Wachstumsraten der einzelnen Mitgliedsländer schrumpfen. Für die Länder mit großen strukturellen Problemen bleiben die Aussichten allerdings immer noch sehr mäßig. Für 2012 rechnen wir für den

Euroraum mit einem Wachstum in ähnlicher Größenordnung. Dabei sollte sich aber die konjunkturelle Dynamik in den Ländern, die aktuell dem größten Konsolidierungsdruck unterliegen, verstärken.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Konjunktur stand zum Jahreswechsel 2010/2011 auf einer breiten Basis – dies verspricht für 2011 eine Fortsetzung des Aufschwungs. Die Ausfuhren sollten weiter zulegen, jedoch dürften bei deutlich steigenden Importen vom Außenhandel insgesamt kaum noch Wachstumsimpulse ausgehen. Dafür sollte allerdings die Binnen-nachfrage solide steigen. Auch die Bruttoanlageinvestitionen dürften erneut spürbar anziehen, und zwar maßgeblich getragen von den Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen hingegen sollten nur verhalten wachsen, da die Effekte des – auslaufenden – staatlichen Infrastrukturprogramms nachlassen. Privater Wohnungsbau- und gewerbliche Bauinvestitionen dürften jedoch weiter zulegen. Von der anhaltenden Belebung der Investitionstätigkeit sollte der Arbeitsmarkt profitieren, sodass die Beschäftigung weiter zunehmen dürfte. Vor diesem Hintergrund sollte auch der private Verbrauch kräftig zulegen. Das BIP-Wachstum dürfte mit 2,4 % zwar deutlich hinter dem Rekordergebnis des Vorjahres zurückbleiben, aber immer noch wesentlich höher ausfallen als im Euroraum insgesamt. Für 2012 rechnen wir sowohl bei den Bruttoanlageinvestitionen als auch beim privaten Verbrauch mit einem Abschwächen der Wachstumsdynamik. Als Folge dürfte das BIP-Wachstum insgesamt spürbar zurückgehen.

Märkte

Die Geldpolitik der führenden Notenbanken dürfte 2011 sehr expansiv bleiben. Im Hinblick auf die EZB erwarten wir, dass sie die vorsichtige Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen ab dem Frühjahr fortsetzt. Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor bleibt dabei die europäische Staatsschuldenkrise. Bei einer erneuten Verschärfung könnte sich die EZB gezwungen sehen, die noch bestehenden Maßnahmen für längere Zeit unverändert beizubehalten. Obwohl sich der Preisauftrieb in diesem Jahr voraussichtlich spürbar verstärken wird, dürfte die EZB ihren Leitzins angesichts der bestehenden Risiken im Hinblick auf Staatsverschuldung und Konjunktur noch für einige Zeit auf dem sehr niedrigen Niveau von 1,0 % belassen. Mit einer leichten Leitzinsanhebung auf 1,25 % rechnen wir erst für das Schlussquartal 2011. Im Jahr 2012 dürfte die EZB weitere sukzessive Leitzinserhöhungen folgen lassen. Wir gehen davon aus, dass die US-Notenbank ihren Leitzins 2011 konstant bei 0 % bis 0,25 % halten wird. Ihr Ankaufprogramm für US-Staatsanleihen im Volumen von 600 Mrd US \$ dürfte sie planmäßig im Juni abschließen. Aufgrund der erwarteten Stabilisierung des Konjunkturaufschwungs erwarten wir keine zusätzlichen Maßnahmen der Fed zur Anreicherung der gesamtwirtschaftlichen Liquidität. Im Jahr 2012 dürfte die Fed unserer Ansicht nach beginnen, ihren Leitzins vorsichtig anzuheben.

Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und die 2011 voraussichtlich steigenden Inflationsraten sprechen für einen Anstieg der Kapitalmarktzinsen. Dieser dürfte jedoch durch die weiterhin sehr niedrigen Leitzinsen und das hohe Maß an – von den Notenbanken zur Verfügung gestellter – Liquidität begrenzt werden. Aufgrund der weiterhin schwelenden europäischen Staatsschuldenkrise sollten zudem Bundesanleihen bis auf Weiteres ihre Funktion als „sicherer Hafen“ am Kapitalmarkt behalten. Wir rechnen deshalb für 2011 nur mit einer leichten Erhöhung der Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf 3,2 %. Im Euroraum dürfte sich die Zinsstrukturkurve leicht abflachen. Im historischen Vergleich wird sie aber immer noch steil bleiben. Infolge der

von uns erwarteten Leitzinsanhebungen der EZB rechnen wir für das Jahr 2012 mit einem etwas deutlicheren Anstieg der Kapitalmarktzinsen. Die Zinsstrukturkurve sollte in diesem Umfeld ihre Verflachungstendenz fortsetzen.

Das anhaltende Wirtschaftswachstum sollte die Sorge vor Ausfällen bei Unternehmensanleihen dämpfen u. a. mit der Folge, dass die Risikoaufschläge im Jahr 2011 voraussichtlich leicht sinken werden. Die Corporate Spreads dürften aber weiterhin deutlich über dem Niveau liegen, das vor dem Ausbruch der Finanzkrise zu verzeichnen war. Für das Jahr 2012 erwarten wir in diesem Marktsegment keine wesentliche Veränderung. Hinsichtlich der Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der Euro-Peripherieländer verlangt werden, halten wir erst dann eine nachhaltige Entspannung für möglich, wenn sich die Euroländer auf eine glaubwürdige Strategie geeinigt haben werden, die auch über das Jahr 2013 hinaus reicht. Solange sich keine grundsätzliche Lösung abzeichnet, wie mit hoch verschuldeten Staaten innerhalb der Eurozone zu verfahren ist, wird die Schwankungsanfälligkeit hoch bleiben.

Branchensituation

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für die internationale Finanz-gemeinde sind in einigen Teilen immer noch nicht abschließend fixiert. Allein die strengeren Mindestkapitalanforderungen für Banken wurden im November 2010 auf dem G20-Gipfel in Seoul beschlossen und sollen nun schrittweise bis 2019 umgesetzt werden. Die strengeren Eigenkapitalanforderungen sollten einige Finanzinstitute vor einen zusätzlichen Kapitalbedarf stellen. Neben der Thesaurierung von Gewinnen dürften Kapitalerhöhungen zur Schließung dieser Lücken notwendig werden.

In Deutschland wurde das Restrukturierungsgesetz, in dem u. a. die Bankenabgabe geregelt ist, von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und trat mit dem Jahresbeginn 2011 in Kraft. Allerdings sollen einzelne Details des Gesetzes, insbesondere die Bankenabgabe, durch eine zu erlassende Rechtsverordnung geregelt werden. Laut einem entsprechenden Entwurf soll die in einem Jahr zu zahlende Bankenabgabe auch weiterhin maximal 15 % des Jahresgewinns betragen. Übersteigt die rechnerisch ermittelte Abgabe die Obergrenze von 15 % jedoch, müssten die Banken die Differenz in den Folgejahren nach-träglich begleichen. Anfang Januar 2011 wurde bekannt, dass die Europäische Kommission sich mit der Einführung einer EU-weiten Bankenabgabe beschäftigt. Daraus ergäbe sich eine Doppelbelastung für deutsche Finanzinstitute. Signifikante zusätzliche Belastungen für Banken könnten zudem von einer Harmonisierung der Einlagen-sicherung nach den Plänen der EU-Kommission ausgehen.

Eine EU-weit gültige Entscheidung für oder gegen die Einführung einer Finanztransaktions- bzw. Finanzaktivitätssteuer ist bisher nicht gefallen. Ob und wann hier ein Konsens erzielt werden kann, ist offen. Das deutsche Finanzministerium bevorzugt die Finanztransaktionssteuer. Sollte eine der beiden Steuern eingeführt werden, wäre eine zusätz-liche Ergebnisbelastung der Banken die Folge.

Ein Punkt steht allerdings auf europäischer Ebene bereits fest: Im Frühling dieses Jahres werden sich europäische Banken und Versicherer erneut einem Stresstest unterziehen müssen. Er wird von den neu gegründeten Aufsichtsbehörden European Banking Authority und European Insurance and Occupational Pensions Authority koordiniert werden. Die Widerstandsfähigkeit der Finanzbranche bei neuerlichen

Finanz- und Wirtschaftskrisen soll überprüft werden. Die Ergebnisse der Bankprüfungen sollen bis zur Mitte dieses Jahres vorliegen.

Im Jahr 2011 dürften sich die fundamentalen Rahmenbedingungen für die heimische Bankenbranche weiterhin überwiegend positiv gestalten. Zum einen sollte sich die gute konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen und die Bonität der Kreditnehmer mehrheitlich zumindest stabil bleiben. Zum anderen dürfte sich die Zinsstrukturkurve bis weit in das Jahr 2011 hinein grundsätzlich nur geringfügig verändern. Sowohl die Zinsüberschüsse als auch die Zuführungen zur Risikoversorge sollten von diesen Seiten her zunächst gestützt werden. Eine Verflachung der Zinsstrukturkurve im Verlauf von 2012 könnte die Zinsüberschüsse tendenziell belasten. Der über die Preisgestaltung ausgetragene harte Wettbewerb um neue Kunden im Privat-, zunehmend jedoch auch im Firmenkundengeschäft dürfte die Geschäftsaussichten hingegen sowohl 2011 als auch 2012 beeinträchtigen. Die Ergebnisbeiträge aus Investmentbanking und Eigenhandel dürften bei vielen deutschen Instituten aufgrund des anhaltend schwierigen Kapitalmarktumfelds mittelfristig eher stagnieren. Die finanziellen Belastungen, die sich für die Finanzindustrie aus der Einführung der Bankenabgabe sowie eventuell auch weiterer Abgaben ergeben, sind noch nicht endgültig kalkulierbar. Zudem wird die Schuldenkrise der EU-Peripherie aller Voraussicht nach sowohl 2011 als auch 2012 weiter als Unruheherd wirken und womöglich zu zusätzlichen Belastungen in den Handelsbüchern einiger Institute führen. Sollte es sogar zu einem Zahlungsausfall oder einer Restrukturierung von Staatsschulden im Euroraum kommen, so hätte dies erhebliche negative Auswirkungen auf den Finanzsektor. Denn Banken, Versicherungen und andere institutionelle Investoren zählen zu den wichtigsten Anlegern am Markt für Staatsanleihen. Für 2011 und auch für 2012 erwarten wir daher für die Mehrheit der deutschen Geldhäuser allenfalls eine moderate Ergebnissteigerung. Die vor dem Ausbruch der Finanzkrise ausgewiesenen Ertrags- und Renditeniveaus dürften daher mittelfristig von vielen Banken noch nicht wieder erreicht werden.

Eine Vielzahl von Kreditinstituten wird in Deutschland zum Verkauf angeboten. Säulenübergreifende Transaktionen deuten sich derzeit jedoch nicht an. Internationale Investoren scheinen vielmehr die Hauptinteressenten zu sein. Der deutsche Bankenmarkt dürfte auch in den kommenden Jahren unverändert von der Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, gekennzeichnet bleiben.

Erwartete Finanzlage

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Aus gesetzlichen Anforderungen erwachsen Investitionsanforderungen insbesondere im Zusammenhang mit den neuen Regelungen der IFRS, der Abgeltungssteuer, der SEPA, der Solvabilitätsverordnung und der standardisierten Werbeerlaubnis.

Zur Optimierung des laufenden Betriebs und der Prozesse investiert die Postbank weiterhin in das Kernbankensystem SAP, den Zahlungsverkehr, die Vertriebs-Front-Ends sowie in die Bankzugänge für die Kunden (Multikanalbanking) und hier speziell in die Verbesserung der Sicherheit, z. B. die Ablösung der I-TAN durch moderne und sicherere Verfahren.

Im Rahmen der Geschäftsentwicklung wird in Produktinnovationen in den Bereichen Retail, Bausparen und Financial Markets, in die Entwicklung des Mandantengeschäfts sowie in die strategischen Programme der Postbank investiert.

Schwerpunkte bei der Weiterführung des Strategieprogramms Postbank4Future im Jahr 2011 sind die weitere Optimierung des Reklamationsmanagements, die Neuausrichtung der HR-Systeme sowie die Verbesserung von Steuerungsmechanismen durch die Einführung einer Strategic Financial Database. In einem weiteren Programm wird in die Standardisierung von Postbank-internen Prozessen investiert und die Erreichung des A-IRBA (fortgeschrittener interner Ansatz zur Ermittlung der Kreditrisiken) zur Entlastung der Risikoaktiva und damit der Eigenkapitalquote angestrebt.

Die voraussichtlichen Auswirkungen von Basel III

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) hat am 16. Dezember 2010 die Regelungstexte der künftigen internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) final verabschiedet. In Reaktion auf die Finanzkrise wurde mit ihnen eine Vielzahl von Verschärfungen der regulatorischen Rahmenbedingungen geschaffen, die eine größere Widerstandsfähigkeit des weltweiten Bankensystems zum Ziel haben. Vorgesehen sind sowohl engere Definitionen des aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenkapitals (höhere qualitative Anforderungen, zusätzliche Abzugsposten) als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden künftig Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird überwacht.

Die neuen Regelungen von Basel III werden bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer gefordert.

Im Zeitraum bis zur Einführung von Basel III plant die Postbank, ihre Eigenkapitalposition durch Gewinnthesaurierung, Einführung fortgeschrittener Modelle zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen (IRB Advanced, Internes Marktrisiko-Modell) sowie den Abbau von Finanzanlagen weiter zu verbessern. Gleichzeitig werden kontinuierlich weitere Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalausstattung geprüft.

Ausblick

Die Postbank hat im Rahmen einer Überprüfung ihrer strategischen Positionierung Ende 2009 wesentliche Weichenstellungen vorgenommen, die dazu beitragen sollen, die gute Wettbewerbsposition der Bank im Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in den kommenden Perioden zu untermauern und in den Kernproduktfeldern auch auszubauen.

Für die Jahre 2011 und 2012 rechnen wir mit einer andauernden Erholung der Weltwirtschaft. In Deutschland sollte die Wachstumsdynamik im Jahr 2011 weiter anhalten, erst für 2012 gehen wir von einer Abschwächung aus. Die Umfeldbedingungen an den Kapital-

märkten bleiben voraussichtlich fragil. Insbesondere außerhalb Deutschlands gehen wir weiterhin von überdurchschnittlich vielen Unternehmensinsolvenzen sowie von anhaltend schwierigen Bedingungen in ausgewählten ausländischen Immobilienmärkten aus. Daher rechnen wir nach wie vor mit einem erhöhten – wenn auch abnehmenden – Risikovororgebedarf im gesamten Bankensektor. Die nachfolgende Einschätzung für den voraussichtlichen Geschäftsverlauf der Postbank im laufenden Geschäftsjahr und im Jahr 2012 geht von einem Basisszenario gemäß unseren in diesem Bericht dargelegten volkswirtschaftlichen Erwartungen aus. Zusätzlich sind etwaige Auswirkungen von im Abschnitt „Branchenausblick“ dargestellten potenziellen erheblichen Rückschlägen und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten zu berücksichtigen. Darüber hinaus können auch die andauernden Diskussionen um strengere regulatorische Vorschriften für den Bankensektor, wie z. B. die Reform der Einlagensicherung, sowie ein etwaiger beschleunigter Abbau von Risikopositionen über die heutige Planung hinaus signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben.

Für das angelaufene Geschäftsjahr und darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Übernahme der Aktienmehrheit und die daraus zu erwartende engere Anbindung an und Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung und damit die mittel- und langfristige Ergebnissituation des Postbank Konzerns und damit auch der Deutschen Postbank AG haben wird. Dies kann sich zum einen aus einer möglichen Übernahme von konzern einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie -wahlrechten und Integrationsaufwendungen ergeben. Zum anderen ist auch davon auszugehen, dass eine potenziell engere Verbindung im operativen Geschäft Auswirkungen auf die Ergebnissituation haben dürfte. Eine Bewertung dieser Effekte ist aufgrund des Konkretisierungsgrades zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich und findet insofern keinen Eingang in diesen Ausblick.

In unserem Basisszenario gehen wir davon aus, dass die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss 2011 leicht und 2012 aufgrund des erwarteten Rückgangs von laufenden Erträgen deutlicher zurückgeht. Während die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach derzeitigen Planungen in den beiden Folgejahren im Wesentlichen stabil auf dem Niveau des Jahres 2010 verbleiben sollte, könnte sich die Summe aus Nettoaufwand des Handelsbestands und des Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft, u. a. aufgrund der erwarteten Entwicklung des Zinsniveaus, unter dem guten Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres bewegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der weiterhin volatilen Rahmenbedingungen am Geld- und Kapitalmarkt eine Prognose insbesondere des zu erwartenden Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft nur eingeschränkt möglich ist und z. B. ein beschleunigter Abbau unseres Finanzanlageportfolios zu einmaligen Zusatzbelastungen führen könnte, die in der vorgenannten Einschätzung nicht enthalten sind.

Somit gehen wir nach derzeitiger Einschätzung davon aus, dass sich die Jahresergebnisse in den Jahren 2011 und 2012 unter dem des abgelaufenen Geschäftsjahres bewegen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis des Jahres 2010 z. B. durch einen guten Verlauf des Bewertungsergebnisses, insbesondere im Wertpapiergeschäft, sowie Erträge aus der Übertragung von Beteiligungen positiv beeinflusst war.

Die langfristige Prognose einer nachhaltig erzielbaren Eigenkapitalrendite bleibt aufgrund der bestehenden Unsicherheiten und der fortwährenden Diskussionen über die künftige Regulierung des Bankenmarktes – wie z. B. die Reform der Einlagensicherung und die Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen – für Banken derzeit generell schwierig. Zudem ist derzeit für die Postbank nicht absehbar, welche konkreten Auswirkungen sich aus einer möglichen Integration in den Deutsche Bank Konzern im Hinblick auf die mittel- bis langfristige Ergebnissituation ergeben. Dem trägt die Postbank Rechnung und verzichtet bis auf Weiteres auf die Prognose eines mittelfristigen und nachhaltig erzielbaren Rendite-Anspruchsniveaus. Wir sind entschlossen, die starke Stellung der Postbank und ihrer operativ tätigen Tochtergesellschaften im deutschen Markt weiter auszubauen, und wir sind zuversichtlich, auf unserem Weg profitablen Wachstums voranzuschreiten.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 22. Februar 2011

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte



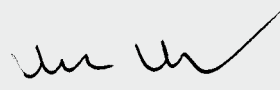
Dr. Mario Daberkow



Marc Heß



Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010 – Deutsche Postbank AG, Bonn

Aktivseite

	€	Vorjahr Mio €	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Barreserve						
a) Kassenbestand			763.412.772,85			873
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			2.310.835.005,30			3.596
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	2.308.886.842,65	3.594		3.074.247.778,15		
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig			4.018.898.670,28			4.823
b) andere Forderungen			12.175.036.314,33			24.371
darunter:						
Hypothekendarlehen	654.710.196,20	804				
Kommunalkredite	173.490.594,06	254		16.193.934.984,61		
3. Forderungen an Kunden						
darunter:						
Hypothekendarlehen	29.439.450.945,39	29.201				
Kommunalkredite	3.809.882.194,63	2.743		71.347.404.648,83		70.487
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten		1.067.129.522,67				0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.067.129.522,67	0				
ab) von anderen Emittenten			1.696.341.212,03	2.763.470.734,70		3.531
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.696.341.212,03	3.531				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			16.749.679.181,04			21.116
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	16.581.245.739,13	20.956				
bb) von anderen Emittenten			20.059.198.396,09	36.808.877.577,13		29.593
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	16.552.686.406,05	24.475				
c) eigene Schuldverschreibungen				0,00		77
Nennbetrag	0,00	84		39.572.348.311,83		
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				312.211.104,12		634
5a. Handelsbestand				26.910.090.849,15		0
6. Beteiligungen						
darunter:						
an Kreditinstituten	1.171.593,72	1				
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	0		15.290.717,07		16
7. Anteile an verbundenen Unternehmen						
darunter:						
an Kreditinstituten	552.332.765,28	552				
an Finanzdienstleistungsinstituten	17.046.461,58	17		10.646.708.004,77		13.610
8. Treuhandvermögen						
darunter: Treuhandkredite	883.092.477,12	937		934.021.401,40		1.045
9. Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00			
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			48.826.031,39			
c) Geschäfts- oder Firmenwert			33.080.000,02			
d) geleistete Anzahlungen			0,00	81.906.031,41		37
10. Sachanlagen				548.494.655,73		574
11. Sonstige Vermögensgegenstände				732.536.735,95		805
12. Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			162.611.061,80			197
b) andere			1.853.734.547,78	2.016.345.609,58		1.813
13. Aktive latente Steuern				377.996.405,25		0
Summe der Aktiva				172.763.537.237,85		177.198

						Passivseite	
		Vorjahr				Vorjahr	
		€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
a) täglich fällig				1.836.314.656,74		1.634	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				9.859.891.977,84		33.094	
darunter:							
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	25.328.271,23	83					
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	553.549.916,31	654					
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0					
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0					
gemischt gedeckte NSV lt. DSLBÜmwG	984.392.717,42	1.136			11.696.206.634,58		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
a) Spareinlagen							
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten			50.200.999.199,54			48.876	
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten			164.266.853,92	50.365.266.053,46		177	
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				1.009.980.449,85		1.021	
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				298.898.574,27		276	
d) gemischt gedeckte NSV lt. DSLBÜmwG				13.257.349.199,75		13.394	
e) andere Verbindlichkeiten							
ea) täglich fällig			37.401.889.710,49			38.528	
eb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			9.856.931.030,11	47.258.820.740,60		12.406	
darunter:							
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0					
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0			112.190.315.017,93		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten							
a) begebene Schuldverschreibungen							
aa) Hypothekenpfandbriefe			4.868.270.408,70			4.220	
ab) öffentliche Pfandbriefe			1.808.224.039,05			1.737	
ac) gemischt gedeckte Schuldverschreibungen lt. DSLBÜmwG			50.780.233,04			134	
ad) sonstige Schuldverschreibungen			2.490.169.207,62	9.217.443.888,41		4.073	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				2.861.594.226,45		5.619	
darunter: Geldmarktpapiere	2.861.594.226,45	5.619			12.079.038.114,86		
3a. Handelsbestand					24.135.416.564,99	0	
4. Treuhandverbindlichkeiten							
darunter: Treuhandkredite	883.092.477,12	937			934.021.401,40	1.045	
5. Sonstige Verbindlichkeiten					579.100.778,25	618	
6. Rechnungsabgrenzungsposten							
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				57.269.476,16		74	
b) andere				785.687.598,62	842.957.074,78	984	
7. Rückstellungen							
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				624.414.667,01		592	
b) Steuerrückstellungen				19.487.069,08		90	
c) andere Rückstellungen				365.299.809,60	1.009.201.545,69	891	
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					3.713.632.071,97	3.688	
9. Genussrechtskapital							
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	31.075.886,00	74			1.197.575.885,95	1.211	
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken					1.765.000.000,00	1.165	
11. Eigenkapital							
a) gezeichnetes Kapital				547.000.000,00		547	
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter				20.225.837,62		13	
c) Kapitalrücklage				1.090.499.481,11		1.091	
d) andere Gewinnrücklagen				661.555.807,89		0	
e) Bilanzgewinn				301.791.020,83	2.621.072.147,45	0	
Summe der Passiva					172.763.537.237,85	177.198	
						Vorjahr	
						€	Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten							
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				-,-		-	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen*				4.322.670.623,39		5.040	
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				-,-	4.322.670.623,39	-	
2. Andere Verpflichtungen							
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				-,-		-	
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen				-,-		-	
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen				6.909.275.853,92	6.909.275.853,92	7.150	

* Verpflichtungen aus Patronatsklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Gewinn- und Verlustrechnung – Deutsche Postbank AG, Bonn, für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

Vergleichszahlen vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

Aufwendungen

	€	Vorjahr Mio €	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinsaufwendungen					3.027.168.830,07	4.426
2. Provisionsaufwendungen					364.482.160,28	384
3. Nettoaufwand des Handelsbestands					72.174.356,37	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter		505.216.923,29				466
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			192.724.264,86	697.941.188,15		221
darunter: für Altersversorgung	145.689.686,23	173				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			1.679.754.297,34	2.377.695.485,49		1.590
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					32.047.301,06	33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen					98.907.875,32	95
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					173.053.165,22	669
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					111.672.331,20	527
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme					638.413,15	18
10. Außerordentliche Aufwendungen					31.706.267,58	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					317.775.251,02	33
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen					2.430.736,52	2
13. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne					0,00	0
14. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					600.000.000,00	0
15. Jahresüberschuss					343.639.727,34	0
Summe der Aufwendungen					7.553.391.900,64	8.464

		Erträge	
	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.436.337.743,03		3.767
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.398.832.876,82	4.835.170.619,85	1.878
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.019.828,01		17
b) Beteiligungen	156.237,34		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	484.275.395,78	489.451.461,13	328
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		267.292.893,21	283
4. Provisionserträge		798.093.913,53	819
5. Nettoertrag des Handelsbestands		0,00	160
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		655.042.897,00	241
7. Sonstige betriebliche Erträge		481.385.587,39	479
8. Außerordentliche Erträge		26.954.528,53	0
9. Jahresfehlbetrag		0,00	492

Summe der Erträge	7.553.391.900,64	8.464
--------------------------	------------------	-------

	€	Vorjahr Mio €
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	343.639.727,34	-492
2. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0,00	479
	343.639.727,34	-13
3. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-	-,-
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-,-	-,-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-	-,-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-	-,-
	-,-	-,-
4. Entnahmen aus Genussrechtskapital	-,-	11
5. Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	-,-	2
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-	-,-
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-,-	-,-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-	-,-
d) in andere Gewinnrücklagen	-,-	-,-
	-,-	-,-
7. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-34.769.157,94	-,-
8. Wiederauffüllung der Vermögenseinlage stiller Gesellschafter	-7.079.548,57	-,-
9. Bilanzgewinn	301.791.020,83	0

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Anhang

Deutsche Postbank AG

für das Geschäftsjahr 2010

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010. Die Postbank hat ihre Formblattbilanz um Angaben für Pfandbriefbanken ergänzt.

Die Neuregelungen nach dem am 29. Mai 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz BilMoG) werden seit dem 1. Januar 2010 umgesetzt, soweit sie nicht bereits im Geschäftsjahr 2009 verpflichtend anzuwenden waren. Damit verbundene Änderungen im AktG und in der RechKredV werden berücksichtigt, Wahlrechte aus den Übergangsvorschriften werden erläutert. Die Einführung des BilMoG hat in der BilMoG-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2010 zu Bewertungs- und Ausweisänderungen geführt. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen im Rahmen der erstmaligen Anwendung ist nach Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB unterblieben.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden, insbesondere durch die Neuregelungen des BilMoG, nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schulscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen in steuerlich zulässiger Höhe. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Bewertungseinheiten

Die Postbank bildet Bewertungseinheiten auf Vermögensgegenstände als Mikrohedges zur Absicherung ihrer Zinsänderungsrisiken.

Ziel ist es, Zinsschwankungen bei Vermögensgegenständen durch betrag-, währungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte abzusichern.

Die Bildung von Bewertungseinheiten im HGB-Abschluss erfolgt nach den Vorgaben des § 254 HGB unter Beachtung der Stellungnahme 35 des Hauptfachausschusses (HFA) des IDW. Die Sicherungsbeziehungen enden, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nicht mehr erfüllt sind.

Die Effektivitätsprüfung für alle Bewertungseinheiten erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grund- und Sicherungsgeschäft. Die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden mit der Marktveränderung des Sicherungsinstruments für jede Sicherungsbeziehung retrograd miteinander verglichen. Soweit sie sich ausgleichen (effektiver Teil), werden sie bilanziell nicht erfasst. Ineffektive Wertänderungen werden – soweit negativ – als Drohverlustrückstellung erfasst. Wertänderungen des Grundgeschäfts, die nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsregeln erfasst.

Die Postbank hat Bewertungseinheiten zwischen Schuldverschreibungen des Umlaufvermögens (Liquiditätsreserve) als Grundgeschäft und Zinsswaps als Sicherungsinstrument gebildet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Buchwert der abgesicherten Schuldverschreibungen 9.166 Mio €. Am Abschlussstichtag betrugen die Wertveränderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Grundgeschäfte entfallen, 339,9 Mio €. Dagegen standen Wertveränderungen der Sicherungsgeschäfte von –315,1 Mio €. Die Wirksamkeit, als retrospektiver Effektivitätstest, der Sicherungsbeziehung wird auf Basis der Dollar-Offset-Methode nachgewiesen. Für den Abschlussstichtag ist eine absolute Wertveränderung von 107,9 % ermittelt worden, sodass sich die Wertveränderungen weitgehend ausgleichen. Die zukünftigen zinsinduzierten Wertveränderungen des Grundgeschäfts werden grundsätzlich über ein laufzeitkongruentes Sicherungsinstrument bis zur Endfälligkeit der Schuldverschreibung abgesichert. Für die Ermittlung des abgesicherten Risikos werden die für die Bilanzierung im Hedge Accounting nach IFRS ermittelten Hedge Fair Values verwendet.

Die Erstbewertung der Bewertungseinheiten nach den neuen handelsrechtlichen Vorschriften hat in der BilMoG-Eröffnungsbilanz zu einem außerordentlichen Aufwand von –27,1 Mio € geführt.

Die übrigen im Rahmen der Zinsrisikosteuerung eingesetzten Derivate unterliegen gemäß der bei Kreditinstituten etablierten

Bilanzierungskonvention keiner bilanziellen Einzelbewertung. Das Zinsänderungsrisiko dieser Bestände wird anhand einer Barwertanalyse auf aggregierter Ebene bewertet. Sollte aus dieser Analyse ein Verlust resultieren, erfolgt die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus Zinsänderungsrisiken. Zusätzlich wird die risikoreduzierende Wirkung der im Rahmen der Zinsrisikosteuerung eingesetzten Derivate nachgewiesen.

Soweit derivative Produkte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, sind sie zu aktuellen Marktpreisen (Fair Value) bewertet worden.

Handelsbestand

Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, wird der beizulegende Zeitwert durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags ermittelt. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden bestimmt.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis von Bewertungsmethoden – für mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente sowie für nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente – werden in größtmöglichem Umfang beobachtbare Marktdaten verwendet. Die Postbank nutzt dabei größtenteils sogenannte Discounted-Cashflow-Methoden. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spreadkurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Zuordnung einzelner Finanzinstrumente zum Handelsbestand hat die Postbank auf Grundlage interner Richtlinien und Prozesse geregelt. Anwendung finden hierfür die Kriterien der Deutschen Postbank AG für die Einbeziehung von Geschäften in das Handelsbuch nach § 1a Abs. 1 KWG.

Infolge der mit der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes erstmals anzuwendenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften für den Handelsbestand wird die von der Postbank bisher durchgeführte Portfoliobewertung für die Handelsbücher in den Abteilungen Operative Liquiditätssteuerung und Handel nicht mehr angewendet. Zinsderivate innerhalb der Handelsportfolien (inklusive der Portfolien „Liquiditätsoptimierung“ und „Handel Zinsen“) werden mit Marktkursen bewertet. Der Ausweis erfolgt unter der Bilanzposition Handelsbestand der Aktiva und Passiva. Darüber hinaus werden auch alle Aktien und währungsbezogene Derivate des Handelsbestands mit ihrem beizulegenden Zeitwert unter der genannten Position ausgewiesen. Das sich ergebende Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam vereinnahmt. Des Weiteren werden Geldhandelspositionen sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als auch Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Handelsbestands in dieser Bilanzposition gezeigt. Der Ansatz erfolgt zum Fair Value. Wertänderungen während der Laufzeit werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst.

Der Erstanwendungseffekt BilMoG aus der Bilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands zum beizulegenden Zeitwert hat

in der BilMoG-Eröffnungsbilanz zu einem außerordentlichen Ertrag von 27,0 Mio € geführt.

Auf den Handelsbestand der Postbank wurde im Rahmen der risiko-adjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2010 ein Risikoabschlag (Risikozuschlag) in Höhe von 6 Mio € ermittelt und erfolgswirksam gegen das Nettoergebnis des Handelsbestands eingestellt. Als Berechnungsverfahren wird der Value-at-Risk (zehn Tage Halte-dauer, 99% Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) unter Berücksichtigung der Korrelationen zwischen Risikofaktoren und Portfolien genutzt.

Für strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, wird aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit verifizierbarer, indikativer Kurse weiterhin ein internes Bewertungsmodell eingesetzt, das in größtmöglichem Umfang Marktdaten verwendet.

Im Bereich des besicherten Geldhandels wird eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bei übereinstimmender Fälligkeit, Währung und gleichem Kontrahenten vorgenommen. In der Bilanz erfolgt ein saldierter Ausweis der Verrechnungsspitze.

Derivate des Nichthandelsbestands

Sofern Zinsderivate, wie insbesondere Zinsswaps, Zinsfutures und Forward Rate Agreements, nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden diese als schwebende Geschäfte nach den hierfür geltenden Grundsätzen behandelt. Wurden negative Wertveränderungen in der Folgebewertung festgestellt, erfolgt die bilanzielle Berücksichtigung durch Bildung einer Drohverlustrückstellung. Der Aufwand wird je nach Zweck des Derivats im Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen im Kreditgeschäft“ (Sicherungsinstrumente für Zinsänderungsrisiken von Schuldverschreibungen der Liquiditätsreserve) bzw. im Zinsergebnis ausgewiesen, wenn das Derivat zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt wird. Gezahlte Initial Margins werden in dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen. Im Falle einer Verpfändung von Wertpapieren werden diese weiterhin bei der Postbank als rechtmäßigem und wirtschaftlichem Eigentümer ausgewiesen.

Optionen, die nicht dem Handelsbestand oder einer Bewertungseinheit zuzuordnen sind und bei denen die Postbank Optionsberechtigte ist, erfolgt die Zugangsbewertung in Höhe der gezahlten Optionsprämie. Der Ausweis erfolgt im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, sofern es sich um Optionsscheine handelt. Die Folgebewertung erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen nach § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB.

Ist die Postbank Stillhalter einer Option, erfolgt der bilanzielle Ausweis der erhaltenen Optionsprämie in dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“. Liegt der Wert der Option in der Folgebewertung oberhalb der passivierten Optionsprämie, wird in Höhe der ermittelten Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet. Aufwendungen und Erträge aus der Bewertung, der Ausübung, der Glattstellung oder dem Verfall werden im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen/Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere werden gemäß § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Asset Backed Securities sind in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in Euro umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Soweit erforderlich werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kosten für die laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern bis zu einer Höhe von 410 € werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

Ausgehend vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz, welches zum 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt wurde, besteht ein Wahlrecht für die bilanzielle Abbildung von geringwertigen Wirtschaftsgütern. Die Postbank kehrt zur alten Regelung zurück. Die Sammelpostenregelung nach § 6 Abs. 2a EStG (2008–2009) wird nicht mehr angewendet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden grundsätzlich abgegrenzt und über die Laufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst.

Gegen den Abschreibungsbedarf auf den Basiskontrakt wird kompensierend die Auflösung der Close-out-Zahlung gebucht.

Latente Steuern

Die Postbank macht von dem Aktivierungs- und Saldierungswahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 und 3 HGB im Jahr 2010 erstmals Gebrauch. Gegenstand des Aktivierungswahlrechts ist der sich insgesamt ergebende Überhang an aktiven latenten Steuern.

Aufgrund der erstmaligen Aktivierung latenter Steuern im Rahmen der BilMoG-Erstanwendung hat die Bank 656 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Agien/Disagien werden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds werden nach der Effektivzins-Methode amortisiert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr 2010 emittierte die Postbank ihren vierten Jumbo-Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd €. Die Emission hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird mit 3,375 % jährlich verzinst.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet. Als versicherungsmathematisches Verfahren verwendet die Postbank für die Berechnung die „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

	2010
Rechnungszinsfuß	5,15 %
Gehaltsdynamik	2,50 %
Anpassungsrate für Renten	2,00 %
Fluktuation	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60 – 63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat Januar 2010 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Aufgrund der neuen Bewertungsvorgaben für Altersversorgungsrückstellungen, die durch das BilMoG am 29. Mai 2009 in Kraft getreten sind, ergibt sich bei der Postbank zum 1. Januar 2010 ein Unterschiedsbetrag zum bisherigen Recht in Höhe von 66,6 Mio €, der innerhalb der nächsten 15 Jahre mit mindestens einem fünfzehntel jährlich zugeführt werden muss. Zum 31. Dezember 2010 wurden 4,4 Mio € zugeführt, sodass sich ein Restunterschiedsbetrag

in Höhe von 62,2 Mio € ergibt. Die jährlichen Zuführungsbeträge werden jeweils erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig. Für in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommene, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherte Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen werden in ausreichender Höhe bemessen und tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung. Das mit der Einführung des BilMoG für Rückstellungen einhergehende Wahlrecht zur Beibehaltung des bisherigen Wertansatzes (Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB) wurde von der Postbank nicht ausgeübt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Zinskurve bewertet. Der Erstanpassungseffekt in Höhe von 6 Mio € wurde in die Gewinnrücklage eingestellt. Der aus der Aufzinsung resultierende Zinseffekt wird für bankgeschäftliche Rückstellungen als Zinsaufwand und für nicht-bankgeschäftliche Rückstellungen als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die von für diesen Zweck bestehenden Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 256a HGB mit den am Bilanzstichtag gültigen Kassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtags bewertet. Für Fremdwährungsgeschäfte im Bankbuch erfolgt eine Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung der Swapstellen.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung aufgrund der gesamtheitlichen Steuerung durch das Treasury und des Verzichts auf strategische Währungspositionen als besonders gedeckt eingestuft und bewertet (§ 340h i. V. m. § 256a HGB). Dementsprechend wurden alle Auf-

wendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Erfolgsrechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hat am 29. November 2010 bekanntgegeben, dass ihr im Rahmen des freiwilligen Übernahmeangebots ein Aktienanteil von 22,02 % angedient worden ist und sie die Mehrheit der Stimmrechte an der Deutschen Postbank AG erworben hat.

Am 10. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank bekanntgegeben, dass die US-amerikanische Kartellbehörde die Genehmigung zur Übernahme erteilt hat und sie über eine Beteiligung von 51,98 % (113.735.431 Aktien) verfügt.

Bis zur Zustimmung zur Übernahme der Deutschen Postbank AG durch die US-amerikanische Kartellbehörde hielt die Deutsche Bank AG 49,95 % der Stimmrechte der Deutschen Postbank AG.

Die Deutsche Postbank AG wurde zum 3. Dezember 2010 erstmals in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG konsolidiert.

Die Deutsche Post AG hält zum 31. Dezember 2010 39,5 % der Stimmrechte an der Deutschen Postbank AG. Die verbleibenden 8,52 % der Stimmrechte befinden sich im free float.

Die Postbank AG wurde zum 31. Dezember 2010 in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG als assoziiertes Unternehmen einbezogen.

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der Verordnung über die RechKredV und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

IV. KWG Grundsätze

Infolge der bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierung durch die Deutsche Bank AG ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr übergeordnetes Institut einer bankaufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, sondern nachgeordnetes Institut der Deutschen Bank AG; die Postbank Gruppe bildet für sich genommen keine Institutsgruppe mehr. Damit sind die Anwendungsvoraussetzungen des sogenannten Waivers nach § 2a Abs. 6 KWG für die Deutsche Postbank AG nicht mehr erfüllt, sodass diese wieder den Vorschriften des § 10 KWG sowie der §§ 13 und 13a KWG auf der Ebene des Einzelinstituts unterliegt. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die Tier I Quote 5,8 %, die Gesamtkennziffer 10,4 %. Ab dem Meldestichtag 31. Dezember 2010 erstellt die Deutsche Postbank AG wieder die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß KWG.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	10.979	11.556
Forderungen an Kunden	4.750	5.176
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.916	6.873
Sonstige Vermögensgegenstände	318	335
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	49	52
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Forderungen an Kreditinstitute	21	21
Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	83	76
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	10

Die Reduzierung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Tilgungen von Schuldverschreibungen (Verbriefungen) und dem Abbau der kurzfristigen konzerninternen Refinanzierung.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	173	231
davon mindestens drei Monate, aber weniger als vier Jahre	0	0
davon vier Jahre oder länger	173	231

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	21.759	20.038
weniger als vier Jahren	279	99
davon vier Jahren oder länger	21.480	19.939
Sicherung durch Grundpfandrechte	29.439	29.201
davon als Deckung verwendet	17.949	17.294
Kommunaldarlehen	3.810	2.743
davon als Deckung verwendet	3.810	2.743

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	39.572	54.317
Geldmarktpapiere		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	1.067	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	1.696	3.531
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	16.594	20.783
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	155	333
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	18.762	27.790
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	1.298	1.803
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	5.879	1.213
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	76
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	1

Im Anlagevermögen sind 51 Wertpapiere mit einem Buchwert von 5.760 Mio € (im Vorjahr 1.213 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags, Abschreibungen in Höhe von 550 Mio € (im Vorjahr 285 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um vier Asset Backed Securities (Buchwert 71 Mio €, Marktwert 35 Mio €), die in einem außereuropäischen Land emittiert worden sind, sowie um eine Asset Backed Security (Buchwert 9 Mio €, Marktwert 7 Mio €), 18 Anleihen von Banken (Buchwert 1.608 Mio €, Marktwert 1.535 Mio €) und 22 Staatsanleihen (Buchwert 3.942 Mio €, Marktwert 3.604 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind. Des Weiteren hält die Bank sechs Asset Backed Securities (Buchwert 130 Mio €, Marktwert 29 Mio €), die auf der Kanalinsel Jersey C. I. emittiert worden sind. Von diesen Wertänderungen wurden insgesamt 49,4 Mio € als Drohverlustrückstellung für in diese Papiere eingebettete Kreditderivate erfasst.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden zur Vermeidung von nicht dauerhaften Abschreibungen 22 Staatsanleihen mit einem Buchwert von 2.385 Mio € und 23 Anleihen von Banken mit einem Buchwert von 1.908 Mio €, die in der Europäischen Union emittiert worden sind, in das Anlagevermögen umgewidmet. Bei einer Bewertung der umgewidmeten Wertpapiere mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags hätten Abschreibungen in Höhe von 217 Mio € vorgenommen werden müssen.

Die Wertänderungen bei den verzinslichen Wertpapieren sind zins- und credit-spread-induziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Für die gemäß IDW RS HFA 22 von den synthetischen Collateralized Debt Obligations abgespaltenen Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 125 Mio € berücksichtigt.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	312	593
davon börsennotierte Wertpapiere	303	282
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	9	311
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0

Die Handelsaktivitäten der Postbank umfassen den Handel mit derivativen Finanzinstrumenten, Geldhandelsforderungen und -verbindlichkeiten, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet. Hierauf wird ein Abschlag in Höhe des 10-Tages-VaR vorgenommen, der gesondert ausgewiesen ist.

	31.12.2010 Mio €
Handelsbestand	
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	22.637
Geldhandelsforderungen	3.629
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	637
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13
Risikoabschlag	-6

Im Handelsbestand der Passivseite werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, Verbindlichkeiten des Handelsbestands sowie Leerverkäufe ausgewiesen. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet.

	31.12.2010 Mio €
Handelsbestand	
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	23.305
Geldhandelsverbindlichkeiten	823
Leerverkäufe	8

Im Handelsbestand werden unter den Geldhandelsforderungen und Geldhandelsverbindlichkeiten im Wesentlichen Wertpapierpensionsgeschäfte ausgewiesen.

Reverse Repos in Höhe von 3.523 Mio € und Buy and Sell Backs in Höhe von 71 Mio € werden als Geldhandelsforderungen bilanziert. Die aus diesen Geschäftstypen entstandenen Zinsen in Höhe von 121 Mio € werden als Zinserträge erfasst.

Repos in Höhe von 465 Mio € und Sell and Buy Backs in Höhe von 53 Mio € werden als Geldhandelsverbindlichkeiten bilanziert. Entstandene Zinsen aus diesen Geschäftstypen in Höhe von 42 Mio € werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Als Sicherheiten wurden Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 538 Mio € in Pension gegeben.

Eine Änderung des Marktzinssatzes um einen Basispunkt nach oben würde einen Anstieg der Fair Values zinsbezogener derivativer Finanzinstrumente um ca. 6 Mio € erwirken.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	5	5
davon börsennotiert	5	5
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	3.705	3.701
davon börsennotiert	0	0
davon nicht börsennotiert	3.705	3.701

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungs- kosten 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Wechsel- kurs-/Zinsab- grenzungs- änderungen	Kumulierte Abschrei- bungen	Kumulierte Zuschrei- bungen	Restbuchwert 31.12.2010	Abschreibung Geschäftsjahr 2010	Zuschreibung Geschäftsjahr 2010
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Schuldverschrei- bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.114	4.293	-1.023	93	-42		9.435	0	
Beteiligungen	20	0	0	0	-4		16	0	
Anteile an verbunde- nen Unternehmen	14.491	1.684	-4.648	0	-1.155	274	10.646	-37	38
Sachanlagen	996	3	-3	0	-448		548	-29	
Immaterielle Anlagewerte	53	48	-3	0	-16		82	-3	
Gesamt	21.674	6.028	-5.677	93	-1.665	274	20.727	-69	38

Die Zugänge bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betreffen im Wesentlichen die im Geschäftsjahr 2010 von der Liquiditätsreserve in den Anlagebestand umgewidmeten Wertpapiere. Es wurden Staatsanleihen mit einem Buchwert von 2.385 Mio € und Anleihen von Banken mit einem Buchwert von 1.908 Mio € umgewidmet.

Bei den Abgängen handelte es sich im Wesentlichen um endfällige Anleihen.

Bei den Zugängen der Anteile an verbundenen Unternehmen handelte es sich im Wesentlichen um nachfolgende Sachverhalte:

Mit Wirkung zum 2. August 2010 hat die Postbank alle Geschäftsanteile an der Merkur I SICAV-FIS, Luxemburg, übernommen (1.350 Mio €), die seitdem die Anteile des bereits zuvor in der PB Spezialinvest gehaltenen Teilgesellschaftsvermögen TGV 24 hält. Merkur I hält daneben 100 % der Anteile der Merkur II SICAV-FIS.

Die Kapitalrücklage der Postbank Beteiligungen GmbH wurde im Wege einer Sacheinlage erhöht (310 Mio €). Als Sacheinlage wurden von der Postbank alle Aktien an der PB Firmenkunden AG in die Postbank Beteiligungen GmbH eingebracht. In diesem Zusammenhang wurden stille Reserven von 309 Mio € realisiert.

Darüber hinaus enthalten die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen die Erhöhung der Kapitalrücklage der PB Finanzberatung AG (5 Mio €).

Die Zuschreibungen entfallen vollständig auf die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezialinvest (38 Mio €).

Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Barauskehrung bzw. die Anteilsrückgabe der TGV 2-22 in Höhe von 3.574 Mio €. Daraus wurden stille Reserven in Höhe von 127 Mio € realisiert. Des Weiteren betreffen die Abgänge die Anteile der PB Spezialinvest an dem Teilgesellschaftsvermögen TGV 24 in Höhe von 1.070 Mio €, die auf Merkur I SICAV-FIS übertragen wurden. Aus der Übertragung der TGV 24 wurden stille Reserven in Höhe von 180 Mio € realisiert.

Die Abschreibungen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezialinvest mit insgesamt 31 Mio €, die DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Ltd (6 Mio €) und die CREDA Objektanlage- und Verwaltungs GmbH (1 Mio €).

Die Sachanlagen von insgesamt 548 Mio € enthalten im Wesentlichen die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude in Höhe von 496 Mio € sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 8 Mio €.

Im Berichtsjahr 2010 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 7 Mio € vorgenommen. Davon entfielen auf die eigen-genutzten Grundstücke und Gebäude 5 Mio €.

Der Zugang bei den immateriellen Anlagewerten betrifft ausschließlich die von der PB Systems AG übernommenen Nutzungsrechte der Corebanking Plattform. Die restlichen immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf den Geschäfts- und Firmenwert der Niederlassung London und das von der BHW Bank AG übernommene Depotgeschäft. Für den Geschäfts- und Firmenwert wird eine betriebliche Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt. Die Gründe für die Länge der Nutzungsdauer liegen in der Annahme der Schätzung der voraussichtlichen Nutzung.

Investmentvermögen

	Buchwert	Marktwert	Differenz Markt-/ Buchwert	Aus- schüttung	Tägliche Rückgabe- möglich- keit	Unterlassene Abschrei- bung
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €		Mio €
	31.12.2010	31.12.2010		2010		
PB Spezialinvest						
TGV 02	468	495	27	63	Ja	0
TGV 03	133	133	0	5	Ja	0
TGV 04	115	115	0	0	Ja	0
TGV 05	35	36	1	0	Ja	0
TGV 06	53	54	1	0	Ja	0
TGV 07	277	277	0	12	Ja	0
TGV 08	475	494	19	62	Ja	0
TGV 09	529	537	8	16	Ja	0
TGV 10	234	234	0	15	Ja	0
TGV 11	604	604	0	30	Ja	0
TGV 12	230	230	0	10	Ja	0
TGV 13	329	329	0	65	Ja	0
TGV 14	331	331	0	65	Ja	0
TGV 15	147	147	0	7	Ja	0
TGV 16	270	270	0	12	Ja	0
TGV 17	198	198	0	6	Ja	0
TGV 18	342	342	0	62	Ja	0
TGV 19	0	0	0	0		0
TGV 20	136	138	2	10	Ja	0
TGV 21	192	207	15	0	Ja	0
TGV 22	69	69	0	3	Ja	0
TGV 23	0	0	0	0		0
Merkur I						
TGV 24	1.250	1.271	21	30	Ja	0
Merkur II	100	100	0	0	Ja	0
Sonstige Fonds						
Aktienfonds	16	18	2	0	Ja	0
Gemischter Fonds	197	207	10	3	Ja	0
Immobilienfonds	2	2	0	0	Nein	0
Rentenfonds	97	100	3	2	Ja	0

Die Spezialfonds 2-24 haben als Anlageziel den Kauf von Unternehmensanleihen (Investmentgrade/High Yield). Des Weiteren befinden sich Wertpapiere im Bestand, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Die Fonds haben im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 478 Mio € ausgeschüttet. Die tägliche Rückgabe ist bei allen Fonds gegeben. Es wurde keine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Anteile an der PB Spezialinvest werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Die Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	330	344
Steuererstattungsansprüche	306	265
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	61	56
Einzugspapiere	18	128

Die Postbank weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen Forderungen aus Gewinnabführung von insgesamt 267 Mio € aus. Diese entfallen auf die Postbank Filialvertrieb AG (123 Mio €), die PB Firmenkunden AG (78 Mio €), die Postbank Systems AG (29 Mio €), die PB Factoring GmbH (23 Mio €) und die Deutsche Postbank Financial Services GmbH (13 Mio €).

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps	1.789	1.648
Agioabgrenzungen aus Forderungen	75	106
Abgrenzung Emissionskosten/Disagio	72	73
Investitionszuschüsse	29	38

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	12.175	24.371
bis 3 Monate	5.805	15.684
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	640	2.841
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.025	2.022
mehr als 5 Jahre	3.705	3.824
Forderungen an Kunden	71.347	70.487
bis 3 Monate	11.186	12.261
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.181	4.767
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	25.630	22.983
mehr als 5 Jahre	26.805	28.169
mit unbestimmter Laufzeit	2.545	2.307

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	6.392	6.604

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	12.957	13.402

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Treuhandvermögen	934	1.045
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kunden	883	974
Forderungen an Kreditinstitute	51	71

Den traditionellen Schwerpunkt des Treuhandgeschäfts bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

Aktive latente Steuern

Die Postbank macht von dem Aktivierungs- und Saldierungswahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 und 3 HGB zur Aktivierung von latenten Steuern Gebrauch.

Die Postbank bildet latente Steuern für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach HGB ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen. Gleichermaßen werden Steuergutschriften und Zinsvorträge insoweit bei der Berechnung der latenten Steuern berücksichtigt, als eine Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre wahrscheinlich ist. Der Bewertung liegt ein Steuersatz von 29,83 % zugrunde. Auf temporäre Differenzen entfallen im Geschäftsjahr rund 378 Mio € latente Steuern. Steuerliche Verlustvorträge sind nicht vorhanden.

Nachfolgende tabellarische Darstellung zeigt die latenten Steuern auf temporäre Differenzen:

	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1
Forderungen an Kunden	141
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	16
Anteile an verbundenen Unternehmen	30
Sachanlagen	29
Sonstige Aktiva	1
Immaterielle Anlagewerte	51
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, Andere Rückstellungen	78
Sonstige Passiva	1
Summe	378

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.257	4.314
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125	324
Sonstige Verbindlichkeiten	190	158
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in verbriefter Form enthalten:		
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.600	1.605
Genussrechte	20	30
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	234	211
Steuerverbindlichkeiten	111	174
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	41	99
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-Out-Zahlungen bei Mikrowaps	737	836
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	45	57
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	10	14
Upfront payments bei Handelsswaps	0	99
Über Pari-Anteil erworbener Par-Structure-Bonds	0	5
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalbezogene Rückstellungen	119	108
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	127	667

Nachrangige Verbindlichkeiten

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agiobeträge) angefallen in Höhe von:	174	179

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.860	33.094
bis 3 Monate	1.424	8.962
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.583	17.425
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.161	2.149
mehr als 5 Jahre	4.692	4.558

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	157	169
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	50	51
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	107	118
mehr als 5 Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	24.423	27.097
bis 3 Monate	4.592	5.489
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.488	3.449
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.565	3.830
mehr als 5 Jahre	13.778	14.329

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	739	2.215
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.862	5.619
bis 3 Monate	1.793	4.632
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.069	987
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	12.985	13.885
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung an den Pfandpool der LZB abgetreten	0	6.000
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	934	1.045
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	483	489
Kapital Zweckvermögen	394	443
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	55
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	46
Altenteilerrentenfonds	12	12
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Genussrechte	1.198	1.211
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenusssscheine	580	567
Namensgenusssscheine	618	644

Die Bank ist verpflichtet, die Genussrechtsinhaber, die am Jahresfehlbetrag teilgenommen haben, in den folgenden drei Jahren vor Dotierung der anderen Gewinnrücklagen vorrangig zu bedienen und die um die Verlustbeteiligung geminderte Einlage wieder aufzufüllen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden die aufgrund der Verlustpartizipation in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 geminderten Einlagen der Genussrechtsinhaber wieder aufgefüllt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden 600 Mio € dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Die von der Hauptversammlung vom 22. April 2009 beschlossenen Erhöhungen des Grundkapitals „Bedingtes Kapital I“ und „Bedingtes Kapital II“ sind aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2010 aufgehoben worden.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, bis zum 21. Oktober 2010 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 und 8 AktG wurden für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Im Berichtsjahr wurde von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, kein Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Eigenkapitalentwicklung 2010	Gezeichnetes Kapital	Einlagen typisch stiller Gesellschafter	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2010	547	13	1.090	0	0	1.650
Ausschüttung						
Einstellung ins gezeichnete Kapital						
Einstellung in die Kapitalrücklage						
Einstellung in die Gewinnrücklagen				662		662
Entnahmen aus der Kapitalrücklage						
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
Entnahmen aus Genussrechtskapital						
Einlage in das Genussrechtskapital					-35	-35
Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter						
Einlage in die Vermögenseinlage stiller Gesellschafter		7			-7	0
Jahresüberschuss					344	344
Stand 31.12.2010	547	20	1.090	662	302	2.621

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Postbank einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 344 Mio € erzielt. Im Rahmen der Gewinnverwendung wurden die Buchwerte der Gläubiger der stillen Einlagen (7 Mio €) sowie Teile der Genussrechtsinhaber (35 Mio €), die in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 am Verlust der Postbank teilgenommen haben, wieder aufgefüllt. Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands soll der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 302 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

Im Rahmen des BilMoG in die Gewinnrücklagen eingestellte Erstanwendungseffekte stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2010 Mio €
Aufgrund der erstmaligen Anwendung des § 274 HGB gemäß Art. 67 Abs. 6 Satz 1 EGHGB in die Gewinnrücklage eingestellte Beträge (Latente Steuern)	656
Aufgrund der Nichtausübung des Wahlrechts gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB in die Gewinnrücklagen eingestellter Betrag	6
Gesamt	662

Dem haftenden Eigenkapital werden keine nicht realisierten Reserven im Sinne des § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 6 oder 7 KWG zugerechnet.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	20	13

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr, in dem ein Jahresüberschuss erzielt wird, eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt. Im Fall eines

Jahresfehlbetrags ist dieser von der stillen Einlage im Verhältnis ihres Buchwerts zum gesamten in der Bilanz ausgewiesenen haftenden Eigenkapital der Bank, das am Verlust teilnimmt, abzusetzen. Gleichzeitig erhalten die stillen Gesellschafter keine Vergütung für die Einlage. Für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 wurden die stillen Gesellschafter gemäß den vertraglichen Bedingungen am Jahresfehlbetrag beteiligt. Im Geschäftsjahr 2010 wurde die um die Verlustpartizipation geminderte Einlage vor Dotierung der Rücklagen wieder aufgefüllt.

III. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corp. (PB Capital) in Höhe von 565 Mio € aus. Diese besteht im Wesentlichen aus Mietgarantien für Büroräume, Garantien für CP-Programme, Swaps und Derivate sowie für Repogeschäfte und Geschäfte mit der Deutschen Bank. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PBI in Höhe von 1.834 Mio € aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. die Großkreditgrenze der PBI überschreiten. Ferner zeigt sie im Rahmen einer Verbriefungstransaktion eine Garantie zugunsten der KfW als Sicherungsnehmer unter der Senior Garantie in Höhe von 928 Mio €.

Die zugunsten verbundener Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen lagen zum Bilanzstichtag keine vor.

IV. Andere Verpflichtungen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Andere Verpflichtungen		
In dieser Position sind enthalten:		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.909	7.150
davon: bereitgestellte Baudarlehen	1.903	2.178

Im Geschäftsjahr 2010 bestanden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 12.094 Mio €.

Die nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 RechKredV anzugebende Methodik für die Beurteilung und Quantifizierung der ausgewiesenen vertraglich eingegangenen aber in der Realisierung nicht wahrscheinlichen Haftungs- oder Kreditrisiken sowie der Verpflichtungen aus Geschäften, bei denen die Postbank eine (unwiderrufliche) Vereinbarung getroffen hat und damit künftig einem Kredit- bzw. Liquiditätsrisiko ausgesetzt ist, ist im Risiko- bzw. Lagebericht der Postbank beschrieben.

V. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten im Wesentlichen die Risikovorsorge auf Wertpapiere in Höhe von 220 Mio €. Diese Entwicklung ist auf den deutlichen Überhang der Zuschreibungen auf Rentenpapiere im Vergleich zu den Abschreibungen auf diese Position zurückzuführen. Insbesondere die Abschreibungen auf Structured Credit Products (SCP-Bestände) sind rückläufig. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft betrug –393 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Effekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 33,5 Mio €, Gerichts- und Prozesskosten von 15,9 Mio € sowie Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation von 9,7 Mio €.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die im Berichtsjahr gebildeten Drohverlustrückstellungen für in Rentenwerte eingebettete Kreditderivate (49 Mio €) und die realisierten Verkaufsverluste (25 Mio €). Darüber hinaus wurden Abschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte der PB Spezialinvest (31 Mio €) und die DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Ltd. (6 Mio €) vorgenommen.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die realisierten Gewinne aus der Einbringung der PB Firmenkunden AG in die PB Beteiligungen GmbH (309 Mio €), aus der Barauskehrung bzw. Anteilsrückgabe der TGV 2-22 (127 Mio €) und der Auflösung der stillen Reserven im Rahmen der Übertragung des TGV 24 auf Merkur I SICAV-FIS (180 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen (255 Mio €), Erträge aus Mieten und Pachten (59 Mio €) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (16 Mio €).

Die Postbank hat aus der Erstanwendung des BilMoG folgende Erstanwendungseffekte vor Steuern in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 7 EGHGB im außerordentlichen Ergebnis erfasst:

	31.12.2010 Mio €
Finanzinstrumente des Handelsbestands	27
Anpassung Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB	–27
Zuführung Pensionsrückstellungen	–5
Gesamt	–5

Der gesamte ergebniswirksame Erstanwendungseffekt BilMoG beläuft sich auf –0,3 Mio €.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 318 Mio €. Hiervon entfallen 14 Mio € auf die Ergebnisse der Betriebsprüfung für die Jahre 1998 bis 2000 und 2001 bis 2008. Darüber hinaus entfallen 278 Mio € auf die latenten Steuern.

Erträge nach geografischen Märkten

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Deutschland	2.854	2.370
Übrige	77	73
Europa	77	73
Gesamt	2.931	2.443

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Nettoertrag des Handelsbestands.

C. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Bezüglich der potenziellen Risiken aus (Sonder-)Beiträgen zur Entschädigungseinrichtung des Bundesverbands deutscher Banken verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Die Postbank nutzt Leasinggeschäfte als Finanzierungsalternative in einem überschaubaren Ausmaß. Die Vorteile liegen für die Bank im Wesentlichen in der Liquiditätsschonung. Diesem Vorteil steht das Risiko gegenüber, dass die Leasinggegenstände nicht über die gesamte Vertragsdauer benötigt werden.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 80 Mio €.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochtergesellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle vier Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetzlichen Regelungen sowie gesellschaftsvertraglichen und anderen Vereinbarungen.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der

Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

In allen genannten Fällen stehen dem Risiko aus einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung, bezogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft, gegenüber.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Dienstleistung für Verwaltung und Vermittlung

Die Bank erbringt Dienstleistungen für die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen sowie Investmentfondsanteilen im Rahmen der mit der HUK Coburg, Talanx-Gruppe und DWS-Gruppe sowie mit der BHW Bausparkasse getroffenen Kooperationsverträge.

II. Ausschüttungssperre

Die gegen Ausschüttung gesperrten Beträge stellen sich bei der Postbank folgendermaßen dar:

Gesamtbetrag der gegen Ausschüttung gesperrten Beträge i.S.d. § 268 Abs. 8 HGB (§ 285 Nr. 28 HGB)	31.12.2010 Mio €
Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0
Aktive latente Steuern	378

III. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2010	Gesamt 2009
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.592	2.724
Teilzeit	254	266
Beamte Vollzeit	1.360	1.477
Beamte Teilzeit	282	356
	4.488	4.823
Nachwuchs		
Auszubildende	303	293
Trainees	0	0
AIS-Studierende	15	14
	318	307
Gesamtsumme Mitarbeiter	4.806	5.130

IV. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	262.519	8.607
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	2.749	1.436
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	983.674	0 ¹
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.844	0 ¹
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	83.872	3.747
BHW Holding Aktiengesellschaft, Berlin/Hameln	100,0	709.493	-18.738
BHW Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.065	-757
Deutsche Postbank Finance Center Objekt S.à.r.l., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	-305	440
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	25	17
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	8	8
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	29	6
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	67	20
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	57	3
Deutsche Postbank Home Finance Limited, Gurgaon, Indien	100,0	76.205	10.129 ³
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	741.172	85.642
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	28.420	10.570
DPBI Immobilien S.C.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	348	120
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	57.042	2.347
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	20.929	430
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	25	1
Merkur I SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	100,0		8
Merkur II, SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	100,0		8
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	11.151	0 ⁷
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	636.677	0
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA	100,0	389.589	8.562
PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ⁷
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	184	0
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	16.889	-1.077 ⁷
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	2.953	468 ⁷
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0	10.277.865	373.243
PB (USA) Realty Corp., New York, USA	94,7	1.314.372	56.896
PMG Collins, LLC, Tallahassee, Florida, USA	100,0	11.221	1.161
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	325	300 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	20.858	0 ¹
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	-	- ^{1,8}
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	27.419	-26.336
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	0	2.893
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.573	0 ¹
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	11.946	3.099

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.466	493
BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	100,0	3.853	309
BHW Financial S.r.l., Verona, Italien	100,0	907	220
BHW Invest S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,0	36.896	1.301
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
DPB Financial Consultants Limited, Gurgaon, Indien	100,0	82	37 ³
DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0		8
DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0		8
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	144	38
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG, Hamburg	65,0	10.287	282
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	-1.705	-77
Iphigenie Verwaltungen GmbH, Bonn	100,0	22	0
PB EuroTurks Finanzdienstleistungen GmbH i.L., Bonn	100,0	-	- ⁴
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	55	-2
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	886	116
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	6.409	3.927
RALOS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	94,0	0	440
SAB Real Estate Verwaltungen GmbH, Hameln	100,0	26	3

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 7,44 DKK

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 60,06 INR

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG bzw. des Postbank Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %.

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %.

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁸ Gesellschaft wurde 2010 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
b) Beteiligungen			
IG BCE Mitglieder-Service GmbH, Hannover	50,0	153	44
Regent's Park Estates LP, Douglas, Isle of Man	50,0		⁸
Regent's Park Estates (GP) Limited, Douglas, Isle of Man	50,0		⁸
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	200	0
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	40,7	–1.275	–79
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	–116
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	–771	–36
SRC Security, Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.793	1.115
GENOPACE GmbH, Berlin	15,0	200	0 ¹
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin	14,1	17.025	0
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	34.010	–7.300
Quelle Immo-Service GmbH, Fürth	14,1	26	0
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	11,0	38.390	1.962
Gut Dummerstorf GmbH, Dummerstorf	11,0	732	–91
Metallrente Pensionsfonds AG i.G., Stuttgart	10,0	–	– ⁴
LHA Anlagenverwaltungsgesellschaft mbH, München	10,0	225	113
Hypoport AG, Berlin	9,7	25.403	3.782
SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Schwalbach KG, Düsseldorf	9,5	0	–488 ⁵
SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rathaus Lübben KG, Düsseldorf	9,5	0	9 ⁵
MAXUL Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	9,0	0	0 ⁶
Eurogiro A/S, Taastrup, Dänemark	8,6	2.067	319 ²
SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sonderhausen KG, Düsseldorf	7,5	0	171
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bankakademie KG, Düsseldorf	6,0	0	7 ⁴
SAB Spar- und Anlageberatung GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe	6,0	–	– ⁴
SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BBS IV Oldenburg KG, Düsseldorf	5,5	0	–129 ⁵
TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Perleberg KG, Düsseldorf	5,5	0	192
Von Gablenz Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,2	–	– ⁴
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	4,6	–	– ⁴
Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR, Hamburg	2,8	–	– ⁴
ConCardis GmbH, Frankfurt am Main	1,5	–	– ⁴
EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main	1,5	–	– ⁴
SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Magdeburg	1,3	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.3 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,7	–	– ⁴
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	0,5	–	– ⁴
Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf	0,5	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.4 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,5	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.2 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,2	–	– ⁴
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,1	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.1 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,1	–	– ⁴

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 7,44 DKK

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 60,06 INR

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG bzw. des Postbank Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %.

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %.

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁸ Gesellschaft wurde 2010 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

V. Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig auf Jahresbasis ausgezahlt.

40 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung werden unmittelbar im Folgejahr ausgezahlt (Kurzfristkomponente).

60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung stehen unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernerfolgs (Langfristkomponente). Die Nachhaltigkeit des Konzernerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase kumuliert positiv oder im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten auf das Basisjahr

folgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt. Abweichend hiervon gilt für die Vorstandsmitglieder Heß und Stemmer bis zum 28. Februar 2011 bzw. 30. Juni 2011 nur eine Fortzahlung der Vergütung im Todesfall für drei Monate.

Die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden Jütte wird im Fall einer vorzeitigen Beendigung durch Tod für drei Monate fortgezahlt. Beendet der Vorstandsvorsitzende Jütte aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig die Vorstandstätigkeit, hat er Anspruch auf Ruhegeld. Im Fall der vorzeitigen Beendigung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, erhält Herr Jütte ein Übergangsgeld in Höhe des zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Ruhegeldanspruchs.

Der Anpassungsbedarf des Vergütungssystems aufgrund der Institutsvergütungsverordnung bzw. weiterer regulatorischer Maßgaben wird derzeit intensiv geprüft und umgesetzt.

Höhe der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die sieben im Geschäftsjahr 2010 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 6.640,2 T€ (im Vorjahr 4.159,8 T€) erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 4.564,0 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.159,8 T€) und 2.076,2 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (im Vorjahr 0 €). Die Auszahlungsmodalitäten im Jahr 2011 für die nicht aufgeschobenen erfolgsabhängigen Komponenten des Geschäftsjahres 2010 werden voraussichtlich am 15. März 2011 vom Aufsichtsrat beschlossen. Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene und aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2010 insgesamt 3.114,3 T€ (Vorjahr 0 €). Die Auszahlung erfolgt im Geschäftsjahr 2014 nur bei Erreichung des Nachhaltigkeitskriteriums, andernfalls entfällt sie.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 164,0 T€ (im Vorjahr 196,2 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Die Gesamtvergütung für die sieben im Geschäftsjahr 2010 aktiven Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 6.640,2 T€ (im Vorjahr 4.159,8 T€).

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

Vorstandsvergütung 2010

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamtsumme
	Fixum T€	Nebenleistungen T€	Kurzfristkomponente ¹ T€	
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	15,4	359,7	1.275,1
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,4	280,0	901,4
Marc Heß	600,0	26,9	280,0	906,9
Horst Küpker	600,0	34,5	320,0	954,5
Dr. Michael Meyer	600,0	28,9	280,0	908,9
Hans-Peter Schmid	500,0	19,2	276,5	795,7
Ralf Stemmer	600,0	17,7	280,0	897,7
Gesamt	4.400,0	164,0	2.076,2	6.640,2

¹Über die Auszahlungsmodalitäten im Jahr 2011 wird der Aufsichtsrat voraussichtlich am 15. März 2011 beschließen.

Vorstandsvergütung 2009

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamtsumme
	Fixum T€	Nebenleistungen T€	T€	
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2009)	700,6	14,9	0	715,5
Dirk Berensmann (Mitglied bis 29. Mai 2009)	208,3	10,2	0	218,5
Dr. Mario Daberkow (Mitglied seit 30. Mai 2009)	292,2	17,0	0	309,2
Marc Heß	500,0	35,3	0	535,3
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2009)	437,5	13,0	0	450,5
Horst Küpker	500,0	32,8	0	532,8
Dr. Michael Meyer	425,0	20,4	0	445,4
Hans-Peter Schmid	400,0	26,1	0	426,1
Ralf Stemmer	500,0	26,5	0	526,5
Gesamt	3.963,6	196,2	0	4.159,8

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Heß und Küpker ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Dieser Versorgungsgrad wird mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Aufgrund der Verlängerung des Vorstandsvertrags über das 65. Lebensjahr hinaus, entsteht der Anspruch auf Ruhegeld wegen Alters erst mit Ablauf des Vorstandsvertrags.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Dr. Meyer und Küpker liegen

daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für Herrn Heß erfolgte im Berichtszeitraum eine zusätzliche Zuführung zum Versorgungskonto, mit der eine vor Beginn seiner Vorstandstätigkeit erteilte Versorgungszusage der Gesellschaft abgelöst wurde. Für Herrn Dr. Meyer sind vertraglich Zuteilungen von Sonderbeiträgen vorgesehen. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Kúpker und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungs- grad am Ende des Geschäfts- jahres 31.12.2010 %	Maximal- versorgungs- grad %	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
Stefan Jütte	26,50	50,00	574.486
Dr. Mario Daberkow	50	60,00	133.709
Hans-Peter Schmid	50	60,00	249.048
Ralf Stemmer	52	60,00	82.351

Aufgrund der Anhebung des Pensionsalters des Vorstandsvorsitzenden Jütte auf das Ende des Vorstandsvertrags ist gegenüber dem Vorjahr ein positiver Dienstzeitaufwand entstanden. Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow und Schmid haben im Geschäftsjahr 2010 die Wartezeit erfüllt und den Versorgungsgrad von 50 % erreicht.

	Beitrags- summe für 2010 €	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2010 €	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
Marc Heß	696.996	1.038.314	122.696
Horst Kúpker	150.000	513.086	114.665
Dr. Michael Meyer	225.000	748.715	102.309

Bei den Vorstandsmitgliedern Heß und Dr. Meyer führen vertragliche Zuteilungen von Sonderbeiträgen zum Anstieg der Beitragssummen.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betrugen 6,02 Mio € (im Vorjahr 4,68 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 47,54 Mio € (im Vorjahr 43,88 Mio €).

VI. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitan-teilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für

Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Daher wird für die Zeit nach dem Erreichen der Kapitalmehrheit durch die Deutsche Bank AG keine Vergütung an Herrn Neske und Herrn Steinmüller gezahlt. Herr Neske und Herr Steinmüller haben eine Verzichtserklärung gegenüber der Deutschen Postbank AG abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 547,2 T€ (im Vorjahr 536,3 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat für das vergangene Geschäftsjahr keine variable Vergütung.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2010				Vergütung für das Geschäftsjahr 2009			
	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs-geld	Summe	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs-geld	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	52,5	–	3,3	55,8	52,5	–	2,8	55,3
Frank Bsirske	16,8	–	2,0	18,8	–	–	–	–
Michael Sommer	22,3	–	0,8	23,1	45,0	–	1,8	46,8
John Allan	–	–	–	–	10,0	–	0,3	10,3
Wilfried Anhäuser	22,5	–	3,3	25,8	22,5	–	2,5	25,0
Marietta Auer	22,5	–	3,5	26,0	22,5	–	2,0	24,5
Rolf Bauermeister	15,0	–	1,8	16,8	15,0	–	1,0	16,0
Wilfried Boysen	15,0	–	2,0	17,0	15,0	–	1,0	16,0
Henry B. Cordes	12,7	–	0,5	13,2	15,0	–	0,8	15,8
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	4,8	34,8	30,0	–	3,8	33,8
Annette Harms	15,0	–	1,8	16,8	15,0	–	1,0	16,0
Timo Heider	7,6	–	1,3	8,9	–	–	–	–
Dr. Tessen von Heydebreck	22,5	–	1,8	24,3	14,9	–	2,0	16,9
Dr. Peter Hoch	30,0	–	4,0	34,0	32,3	–	3,0	35,3
Elmar Kallfelz	30,0	–	5,0	35,0	27,0	–	2,5	29,5
Prof. Dr. Ralf Krüger	22,5	–	3,5	26,0	28,6	–	2,5	31,1
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	22,5	–	1,3	23,8	22,5	–	1,3	23,8
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	–	–	–	4,6	–	0,0	4,6
Lawrence A. Rosen	15,0	–	1,8	16,8	4,6	–	0,5	5,1
Elmo von Schorlemer	–	–	–	–	4,6	–	0,3	4,9
Torsten Schulte	7,4	–	0,5	7,9	26,8	–	2,3	29,1
Eric Stadler	22,5	–	3,3	25,8	16,6	–	1,5	18,1
Werner Steinmüller ²	33,8	–	3,5	37,3	24,5	–	2,8	27,3
Gerd Tausendfreund	22,5	–	3,8	26,3	22,5	–	3,0	25,5
Renate Treis	30,0	–	3,0	33,0	24,1	–	1,5	25,6
Summe	490,6	–	56,6	547,2	496,1	–	40,2	536,3

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung.

² Nach Satzung der Deutschen Postbank AG besteht auch für den Zeitraum nach Erreichen der Kapitalmehrheit ein Anspruch auf Vergütung, Herr Neske 0,9 T€, Herr Steinmüller 4,5 T€. Beide haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 26,2 T€, Herr Heider in Höhe von 19,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2010 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 863,1 T€ (im Vorjahr 950,4 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

VII. Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte zu Handelszwecken getätigt.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 811 Mrd € (im Vorjahr 809 Mrd €).

Auf der Folgeseite (Tabelle 1) sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf der Folgeseite erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Geschäfte mit Handelszweck wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Die derivativen Geschäfte im Handelsbestand der Postbank (Tabelle 4) werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet und bilanziert.

Tabelle 1						
	Nominalbetrag		Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumen			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	749.957	697.744	23.581	19.494	–25.424	–21.693
FRAs	40.563	81.591	5	18	–9	–25
Zinsoptionen						
Käufe (long)	690	200	10	2	0	0
Verkäufe (short)	830	10	0	0	–17	0
Caps, Floors	1.040	964	5	6	–8	–8
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	2.756	6.983	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	13	70	0	0	0	0
Insgesamt	795.849	787.562	23.601	19.520	–25.458	–21.726
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	10.518	19.614	72	95	–44	–213
Zins-Währungsswaps	4.199	691	118	55	–158	–2
Devisenoptionen						
Käufe (long)	10	15	0	0	0	0
Verkäufe (short)	14	5	0	0	0	0
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	14.741	20.325	190	150	–202	–215
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen						
Käufe (long)	0	0	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	119	142	4	6	0	0
Insgesamt	119	142	4	6	0	0
Kreditderivate						
Käufe	108	379	2	2	0	–3
Verkäufe	278	533	0	1	–130	–142
Insgesamt	386	912	2	3	–130	–145
Gesamtbestand	811.095	808.941	23.797	19.679	–25.790	–22.086

Tabelle 2 Derivative Geschäfte – Restlaufzeiten								
Nominalwerte in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	79.094	46.552	10.329	18.645	119	138	20	23
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	83.153	123.298	1.472	1.026	0	0	24	101
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	265.060	218.093	2.529	306	0	4	189	435
mehr als 5 Jahre	368.542	399.619	411	348	0	0	153	353
Insgesamt	795.849	787.562	14.741	20.325	119	142	386	912

Tabelle 3 Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	809.092	806.087	23.709	19.580	–25.658	–21.937
Banken außerhalb der OECD	189	359	0	0	–127	–140
Sonstige Kontrahenten	1.814	2.495	88	99	–5	–9
Insgesamt	811.095	808.941	23.797	19.679	–25.790	–22.086

Tabelle 4 Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Zinskontrakte	728.986	716.527	22.608	18.789	–23.277	–19.254
Währungskontrakte	2.483	6.960	28	70	–27	–61
Aktienkontrakte	14	24	1	1	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	731.483	723.511	22.637	18.860	–23.304	–19.315

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

VIII. Deckungsrechnung

- Register A und B: Emissionen nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, abgelöst durch das Pfandbriefgesetz (ÖPG)
- Register C: Emissionen nach dem Gesetz über die Umwandlung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in eine Aktiengesellschaft (DSLBUmwG)
- Register D und E: Emissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG)

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	876	10	866
Barwert	955	11	944
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	908	669	239
Barwert	977	737	240
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	17.089	13.967	3.122
Barwert	18.382	15.564	2.818
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	7.820	5.716	2.104
Barwert	8.676	6.232	2.444
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.713	1.948	765
Barwert	2.917	2.038	879

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	1.013	119	894
Barwert	1.091	126	965
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	1.181	895	286
Barwert	1.264	979	285
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	16.796	14.335	2.461
Barwert	17.936	15.638	2.298
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	6.649	5.041	1.608
Barwert	7.243	5.495	1.748
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.380	1.728	652
Barwert	2.563	1.784	779

IX. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

A) § 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

1. Im Umlauf befindliche Hypothekendarfbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert*	Risikobarwert**
	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Deckungswerte ***	7.820,2	6.649,1	8.675,8	7.243,2	8.131,5	6.810,0
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarfbriefe	5.715,5	5.040,5	6.232,2	5.495,2	5.920,1	5.245,8
Überdeckung in %	36,8	31,9	39,2	31,8	37,4	29,8

* dynamisches Verfahren

** Vorjahreswert wegen geänderter gesetzlicher Vorgaben von Niedrigzins- auf Hochzinsszenario angepasst.

***einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Darfbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert*	Risikobarwert**
	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Deckungswerte ***	2.712,6	2.380,2	2.916,8	2.563,5	2.782,5	2.455,0
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Darfbriefe	1.948,0	1.728,0	2.038,2	1.783,6	1.958,3	1.713,4
Überdeckung in %	39,3	37,7	43,1	43,7	42,1	43,3

* dynamisches Verfahren

** Vorjahreswert wegen geänderter gesetzlicher Vorgaben von Niedrigzins- auf Hochzinsszenario angepasst.

***einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

2. Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarfbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Darfbriefen:

	Deckungswerte	Deckungswerte	Hypothekendarfbriefe	Hypothekendarfbriefe
	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
bis zu 1 Jahr	673,7	296,5	100,0	390,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	447,9	622,9	0,0	100,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	469,0	431,4	1.500,0	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	565,8	638,7	1.010,0	1.500,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	557,1	601,3	1.000,0	1.010,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	3.197,2	2.237,1	1.391,0	1.321,0
über 10 Jahre	1.909,5	1.821,2	714,5	719,5
Summe	7.820,2	6.649,1	5.715,5	5.040,5

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte einschließlich Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen:

	Deckungs- werte IV/2010 Mio €	Deckungs- werte IV/2009 Mio €	Öffentliche Pfandbriefe IV/2010 Mio €	Öffentliche Pfandbriefe IV/2009 Mio €
bis zu 1 Jahr	676,0	184,7	50,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	56,4	451,5	158,0	50,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	269,9	56,3	25,0	158,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	341,3	273,2	1.500,0	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	664,5	353,6	0,0	1.500,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	441,8	893,2	105,0	20,0
über 10 Jahre	262,7	167,7	110,0	0,0
Summe	2.712,6	2.380,2	1.948,0	1.728,0

B) § 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen:

	Hypotheken- deckungs- werte IV/2010 Mio €	Hypotheken- deckungs- werte IV/2009 Mio €
bis einschließlich 300.000 €	6.736,8	5.467,8
mehr als 300.000 € bis einschließlich 5 Mio €	108,4	86,3
mehr als 5 Mio €	0,0	0,0
Summe	6.845,2	5.554,1

B) § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach der Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat):

Öffentliche Deckungswerte		
	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	500,0	400,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	1.212,6	1.180,2
Summe Deutschland	1.712,6	1.580,2
Belgien		
Staat	200,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Belgien	200,0	200,0
Frankreich inkl. Monaco		
Staat	200,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Frankreich inkl. Monaco	200,0	200,0
Irland		
Staat	0,0	100,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Irland	0,0	100,0
Italien		
Staat	100,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Italien	100,0	200,0
Spanien		
Staat	100,0	100,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Spanien	100,0	100,0
Niederlande		
Staat	200,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Niederlande	200,0	0,0
Österreich		
Staat	200,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Österreich	200,0	0,0
Gesamtsumme	2.712,6	2.380,2

C) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beleiheten Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Summe	6.845,2	5.554,1	0,0	0,0

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Deutschland				
Wohnungen	2.130,5	2.101,1	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	4.163,1	3.010,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	551,6	443,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Unfertige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0
Summen Deutschland	6.845,2	5.554,1	0,0	0,0

C) § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen:

	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Summe	0,0	0,0

D) § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarlehen:

	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Summe	0,0	0,0

E) Ersatzdeckung

	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Anteil der Ersatzdeckung (§ 19 Abs. 1 PfandBG)	975,0	1.095,0

F) Am Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie die im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

	IV/2010 Mio €	IV/2009 Mio €
Summe	0,0	0,0

Angaben bezüglich des § 28 Abs. 2 Satz 1 und 3 Pfandbriefbankgesetz waren zum 31. Dezember 2010 sowie für den Vergleichszeitraum 2009 nicht erforderlich.

X. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

XI. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam am 29. November 2010 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2010 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 8. Februar 2011 zu Ziffer 5.4.2 Satz 4 des Deutschen Corporate Governance Kodex eine ergänzende Erklärung abgegeben. Die Erklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Stefan Jütte, Bonn
(Vorsitzender)

Dr. Mario Daberkow, Bonn

Marc Heß, Bonn

Horst Küpker, Bad Honnef

Dr. Michael Meyer, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2010 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Stefan Jütte	Vorsitzender
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden

Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
----------------------	--

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 24. August 2010)	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
---	---

Dr. Mario Daberkow

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn

Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
--------------------------	-----------------------------

Stv. Vorsitzender des Beirats	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
-------------------------------	---

Stv. Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
-------------------------------	--

Stv. Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
--	-----------------------------------

Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
----------------------------	-----------------------------

Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
----------------------------	-------------------------------

Marc Heß

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

Horst Küpker

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Board of Directors (seit 16. Juli 2010)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (seit 16. Juli 2010)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Dr. Michael Meyer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln

Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 10. Mai 2010)	Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon/New Delhi (Indien)
Mitglied des Board of Directors (seit 10. Mai 2010)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln*
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	Proactiv Holding AG, Hilden
Mitglied des Wirtschaftsbeirats	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

*vormals Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2010)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2010)	
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln*
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2011)	Proactiv Holding AG, Hilden

*vormals Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Bau-management GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln*
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln

Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

*vormals Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender)	bis 31. Dezember 2010
Rainer Neske, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender seit 1. Januar 2011)	seit 17. Dezember 2010
Dr. Hugo Bänziger, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, London	seit 1. Februar 2011
Wilfried Boysen, Kaufmann, Hamburg	
Henry B. Cordes, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	bis 5. November 2010
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Tessen von Heydebreck, ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch, Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Hans-Dieter Petram, Privatier/Berater, Inning	
Lawrence A. Rosen, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Werner Steinmüller, Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	seit 20. Juli 2010
Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin (Stv. Vorsitzender)	bis 30. Juni 2010
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Timo Heider, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse AG und Postbank Finanzberatung AG, Hameln	seit 1. Juli 2010
Elmar Kallfelz, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	
Torsten Schulte, Kaufmännischer Angestellter, Hessisch Oldendorf	bis 30. Juni 2010
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2010 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Hugo Bänziger	Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Februar 2011
-------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Clearing AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	EUREX Zürich AG, Zürich
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Corporation, New York

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Henry B. Cordes	Mitglied des Aufsichtsrats bis 5. November 2010
-----------------	--

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 21. Oktober 2010)	TLG Immobilien GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. Oktober 2010)	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. Oktober 2010)	T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 22. April 2010)	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. Mai 2010)	Gildemeister AG, Bielefeld

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Werner Steinmüller

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. April 2010)	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Portugal S.A., Lissabon
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 25. Juni 2010)	Deutsche Bank S.A.E., Barcelona
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 12. Mai 2010)	OOO Deutsche Bank, Moskau
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 9. Juni 2010)	ZAO „Deutsche Securities“, Moskau
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	Mitglied des Aufsichtsrats seit 20. Juli 2010
---------------	--

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Michael Sommer	Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2010
----------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Annette Harms	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. Oktober 2010)	Deutsche Post AG, Bonn
Timo Heider	
	Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Juli 2010
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse, Hameln
Elmar Kalfelz	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Torsten Schulte	
	Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2010
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland, Hameln
Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 22. Februar 2011
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte



Dr. Mario Daberkow



Marc Heß



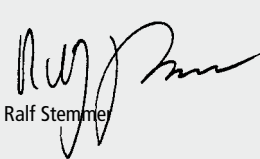
Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 23. Februar 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz
EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion
Postbank
Investor Relations

Print  kompensiert
Ident-Nr. 119675

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Berichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

